

# Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen  
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Die Republik steht fest

**D**as ist der Eindruck, den jeder in den Tagen des 10. und 11. August gewonnen hat, der Augen hat zu sehen und Ohren hat zu hören. Der 11. August 1929 hat die gewaltigsten und imposantesten Kundgebungen für die Republik im ganzen Reiche erlebt. Am gewaltigsten war sie natürlicherweise in Berlin, wo nicht nur von der deutschen Reichs- und der preussischen Staatsregierung sowie vom Magistrat angeordnete Feiern stattfanden, sondern wo das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold den zehnten Jahrestag der Verfassung von Weimar als Anlaß zu einem großen Treffen des Reichsbanners in Berlin und damit zu einer großen Demonstration für die Republik gestaltete. Aus allen Teilen des Reiches waren starke Abteilungen dieser Organisation nach Berlin gekommen, und selbst die österreichische Bruderorganisation des Reichsbanners, der Republikanische Schutzbund, hatte starke Abordnungen aus Wien, Linz und der Steiermark entsandt, die schon am Freitag und Sonnabend in Berlin eintrafen. Die Begrüßungsfeiern waren nicht nur ein Bekenntnis zur Republik und eine Kampfansage gegen ihre Feinde, sondern auch eine Demonstration für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich. Berlin hat noch nie einen solch starken schwarzrotgoldenen Fahnenwald und solch starke Kundgebungen für die Republik gesehen als am zehnten Jahrestage der Verfassung von Weimar. Den offiziellen Feiern im und vor dem Reichstage und in den beiden Staatsopernhäusern folgten am Sonnabend ein gewaltiger Fackelzug und am Sonntagvormittag eine Riesenkundgebung der Gewerkschaftsjugend, der SAJ. und der Reichsbannerjugend im Zirkus Busch. Und dann setzten sich die ungeheuren Aufmärsche des Reichsbanners aus allen Teilen der Stadt nach dem Bülowplatz in Bewegung. In Achterreihen ging es nach dem Lustgarten und der Straße Unter den Linden, wo der Vorbeimarsch an dem neuerrichteten Monument zum Gedächtnis der im Kriege, für die Republik und für das Reichsbanner Gefallenen und an der Tribüne des Bundesvorstandes vorbei, annähernd fünf Stunden dauerte. 150 000 der sich am Aufmarsch beteiligenden Reichsbannerleute wurden gezählt. Wer hat die vielen, vielen Tausende gezählt, die bei dem Aufmarsch Spalier bildeten und ihre Sympathie für die Republik durch Zurufe und Beifall bekundeten?

Wahrlich, die Republik steht fest, dieser Eindruck ist gewaltig. Daran ändern auch die Anstrengungen ihrer Feinde von rechts und links nichts mit all ihren Künsten und ihrem hysterischen Gekreis.

Bei der Feier des Reichsbanners in der Staatsoper am Sonnabendabend sprachen Ministerpräsident a. D. Stelling, Oberbürgermeister Böß, der österreichische Nationalrat Dr. Deutsch, Wien, und Reichsminister Severing.

Der Vorsitzende des ADGB, Leipart würdigte hier die Reichsverfassung von Weimar vom Standpunkt der Gewerk-

schaften. „Vor zehn Jahren wurde der Arbeiterschaft die Tür zum Eintritt in den Staat geöffnet. Bis dahin bildete die bürgerliche Gesellschaft den Staat, sie beherrschte ihn und regierte über die Massen der werktätigen Bevölkerung. Die bürgerliche Gesellschaft war aber nicht das Volk. Die gewaltigen Massen der Arbeiterschaft in Stadt und Land, deren Zahl ständig gewachsen war, standen isoliert außerhalb der Gesellschaft. Sie durften für die Gesellschaft arbeiten und für das Volksvermögen Werte schaffen, durften Steuern zahlen und den Militärdienst leisten. Aber sie hatten bis 1918 in Preußen nicht einmal das gleiche Wahlrecht.“

Erst die Verfassung von Weimar hat diese Ungerechtigkeit, hat diese Benachteiligung der Arbeiter aufgehoben. Jetzt geht die Staatsgewalt vom ganzen Volke aus. Nun ist auch die Arbeiterschaft im Staate „zu Hause“. Die Arbeiter wissen den Wert dieses Zuhause zu schätzen, und sie werden sich nicht wieder herausdrängen lassen. Der Volksstaat, den wir jetzt haben, soll allen Gliedern des Volkes das Beste geben. Von ihm erwarten auch die Arbeiter für sich das Beste, in der Gegenwart sowohl wie in der Zukunft. Die Millionenhäere der Arbeiterschaft, vereinigt und geschult in den großen Gewerkschaftsverbänden, sind das starke Fundament für die sichere Existenz des Volksstaates. Sie sind auch das schützende Bollwerk, an dem jeder Angriff auf die Verfassung scheitern wird.“

Die von der Reichsregierung im Reichstage veranstaltete Feier, deren Verlauf und äußerer Rahmen seit Jahren feste Gestalt hat, empfing diesmal Blut und Wärme von der Rede Severings, der nicht nur ein freudiges Bekenntnis zur Republik und Verfassung ablegte, sondern sich auch nicht scheute, Probleme, die uns auf den Nägeln brennen, beim rechten Namen zu nennen. Severing forderte ohne Scheu den sozialen Ausbau der Republik, der das in Weimar gezimmerte neue Haus für alle Staatsbürger erst wohnlich macht.

Erwarten Sie nicht von mir, sagte er, daß ich die Vergangenheit schmähle. Wer die Vergangenheit nicht ehrt, ist einer besseren Zukunft nicht wert. Es ist auch unrichtig, daß das neue Deutschland die Verbindung mit der Vergangenheit ablehnt. Auch unter der alten Staatsform haben wir Großes erlebt, die Demokratie von Weimar ist in der Vergangenheit langsam herangereift. Das Werk des Freiherrn vom Stein, die Kämpfe der Aser, die Geschichte der Paulskirche, das allgemeine Wahlrecht, die Selbsterziehung in den sozialistischen Körperschaften der Arbeiterschaften — all das sind Meilensteine auf dem Weg zur Demokratie.

Wenn wir so das Gute der Vergangenheit ehren, dürfen wir erwarten, daß diejenigen, die noch mit ihrem ganzen Gefühlsleben in der Vergangenheit wurzeln, dem neuen dieselbe Nahrung entgegenbringen. Man konzediert der Republik höchstens, daß die Demokratie von Weimar das Land vor dem Bolschewismus gerettet habe. Aber die Republik, die Verfassung haben Größeres geleistet: sie haben die Reichseinheit erhalten und der Arbeiterschaft das Gefühl beigebracht, daß der neue Staat auch ihr Staat sei. Dieses Gefühl der Schicksalsverbundenheit mit allen Kreisen des Volkes sehen wir als das sicherste Fundament für den Weiterbau an. Die Reichsverfassung ist nicht nur die Plattform für die politische Gleichberechtigung, sie ist auch die Grundlage für eine soziale Arbeitsgemein-

schaft. Wir wollen dafür sorgen, daß der Grundsatz: „Eigentum verpflichtet“ lebendige Nachahmung auch in der täglichen Praxis finde. Wir werden das deutsche Volk einzig finden an dem Tage, an dem wir heiße politische Auseinandersetzungen nicht mehr austragen nach der Frage: bist du Lipper oder Mecklenburger, Hamburger oder Preuße, sondern nach der Frage: Wie können wir alle Kräfte auswenden, um vorwärtszukommen? Wenn wir uns daran erinnern, daß jeder Deutsche unser Volksgenosse ist und nicht in erster Linie unser politischer Gegner, dann werden auch die Rufe nach der Beendigung des inneren Kampfes verklingen. Wir werden in den nächsten Monaten an die,er Stelle noch harte Kämpfe zu bestehen haben. Bei der Neuverteilung der Lasten hoffen wir aber, daß es gelingen wird, dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen, damit nicht die Armeisten der Armen weiter belastet werden.“

Wehrminister Groener ergriff in Vertretung des erkrankten Reichskanzlers das Wort. „Das deutsche Volk be- geht zum zehnten Male die Feier des Tages, an dem die republikanische Verfassung Rechtskraft erlangt hat, und wenn es nicht verzweifelte, sondern den Weg des Wiederaufbaues unbeirrt weiterwandelt, so ist dies der beste Beweis für die ihm innewohnende Kraft. Einigkeit und Recht und Freiheit waren die Zauberworte, die uns über das Schwerste hinweggebracht haben, sie mögen auch der Wegweiser in eine bessere Zukunft sein. Dankbarkeit und Pflicht mahnen uns, des ersten Präsidenten der deutschen Republik zu gedenken, dessen lautere Liebe zu seinem Vaterland uns Wegweiser war.“

Bei der Ansprache, die der Bundesvorsitzende Otto Hörsing Unter den Linden an das Reichsbanner hielt, führte er u. a. aus:

„Ungeheuer groß ist die Zahl der Opfer, die im Kampf um den Bestand der Republik gefallen sind. Verweisen wir im Andenken einen Augenblick an den Gräbern von Ebert, Erzberger und Rathenau und all den vielen Gräbern unserer Kameraden, die im Kampfe für die Republik

fielen, meist durch feigen Mord derer von rechts und links. Vom ersten Tage an hatte die Verfassung der Republik Feinde in nicht geringer Zahl. Wir nahmen den Kampf gegen alle jene Verderber des Reiches und Feinde der Republik auf. Heute nach 5 Jahren kann man mit Freude feststellen, daß die Republik wesentlich fester steht, als manch einer unserer Gegner glauben will. So finden wir denn auch, daß heute in allen Ecken Deutschlands die große Mehrheit des deutschen Volkes den Verfassungstag feiert, die Republik ehrt, das Große, das sie geschaffen, freudig anerkennt. Die politische Atmosphäre Deutschlands im Innern muß sofort gereinigt werden. Wir können deshalb den Reichs- und den Staatsregierungen nicht dringend genug empfehlen, daß man dem Sowdyltum der Nationalsozialisten und Kommunisten ein Ende macht. Wir wünschen nach wie vor den Kampf der Geister, dem wir nicht ausweichen wollen. Wir wollen aber auch am heutigen Tage vor aller Welt erklären: Falls die Nationalsozialisten und Kommunisten und alle sonstigen Reichsverderber ihren Wahnsinnskampf nicht bald einstellen, so kann es ihnen passieren, daß wir in der Abwehr sie mit denselben Methoden und derselben Art niederkämpfen werden, mit denen sie bis jetzt glauben, uns bekämpfen zu dürfen. Ich sage das mit vollem Bewußtsein, denn wir wollen niemand im Zweifel lassen, daß wir das Wahnsinnstreiben derer von rechts und von links ein für allemal jatt haben. Die Republik nicht nur zu erhalten, sondern sie zum vollkommene- nen sozialen Volksstaat zu entwickeln, ist und bleibt unser Ziel. Deshalb erwächst uns auch am heutigen Tage die Aufgabe, vor aller Welt das Versprechen abzugeben, daß wir in unjrer Arbeit, in unserem Kampfe, in unjrer Aufklärung fortfahren werden.“

Kommunisten und Nationalsozialisten werden aus dem Verlauf der Verfassungsfeier lernen müssen, daß ihr gewalttätiges Anrennen gegen die Republik und ihre Organe sinn- loses Treiben ist, das nur zu Blutvergießen führt, in erster Linie zum Verlust von Arbeiterleben. Hörsings Mahnung sei ihnen eine ernste Warnung. Wollen sie eine Aenderung der staatlichen Verhältnisse, so mögen sie versuchen im Geistes- kampf ihre Ideen durchzusetzen. Dazu läßt ihnen die Ver- fassung weiteft gehenden Spielraum. G. R.

## Das Deutschland, das angeblich zu üppig lebt

Immer und immer wieder wird namentlich in der ausländi- schen Presse und von ausländischen Besuchern Deutschland (und nicht nur von solchen, die gegen uns voreingenommen sind) darauf hingewiesen, wie gut es dem deutschen Volke gehe, wie es in Saus und Braus leben könne und wie sich sein Wohlstand gewissermaßen von Tag zu Tag bessere. Zweifellos hat sich die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung seit der Sta- bilisierung ständig gebessert, wenn man sie mit dem Niveau der Inflation und dem kurz nach der Stabilisierung ver- gleicht; aber wir dürfen nicht außer Acht lassen, daß der Lebensstandard von 1924 kein normaler war, sondern einen richtigen Hungerstandard darstellte. Die Lebenshaltung der breiten Massen des deutschen Volkes befand sich damals auf einem Tiefstand, der zum Teil nicht ein- mal das Existenzminimum erreichte. Wenn man daher in den nächsten Jahren eine Besserung der Lebenshaltung feststellt, so bedeutet diese Feststellung noch lange nicht wachsender Wohlstand und Wohlleben, sondern nur eine Besse- rung des bisher unerträglichen Niveaus der Lebenshaltung.

Dor allem ist es der Genußmittel- verbrauch, besonders der Konsum alko- holischer Getränke und von Tabak, der den kritischen Beobachtern immer als Vorwand für das Zuüppigwerden der deutschen Bevölkerung dient. Gerade was diesen Verbrauch anbetrifft, so haben wir hierüber objektive Fest- stellungen in den Berichten des Repa- rationsagenten bzw. des Kommissars für die verpfändeten Ein- nahmen. Bekanntlich sind nach dem Dawes-Plan u. a. die Er- träge aus den Verbrauchsabgaben für Branntwein, Bier, Tabak und Zucker als Sicherheit für die deutschen Zahlungsverpflich- tungen verpfändet. Aus den Berichten des Reparationsagenten, die bis zum Dawes-Jahr 1927/28 vorliegen, ergibt sich nun, daß zwar der Verbrauch der erwähnten Genußmittel und des Zuckers in den letzten Jahren zugenommen hat, daß er aber, mit der

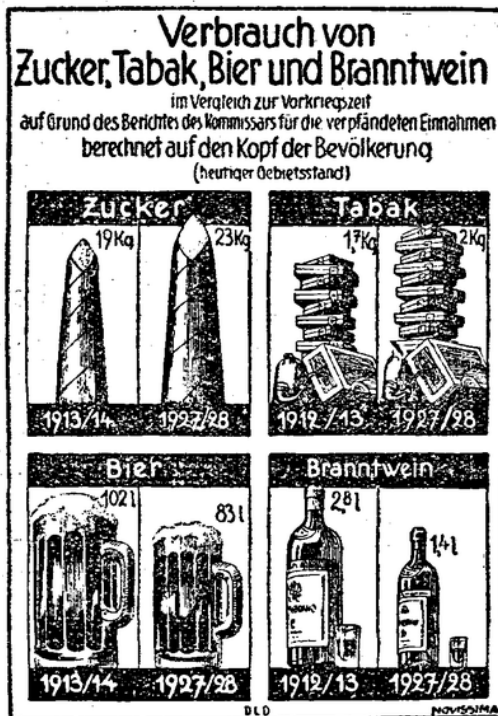
Dorkriegszeit verglichen — und nur einen solchen Vergleich kann man als Maßstab eines normalen Verbrauchs ansehen —, zum Teil noch beträchtlich zurücksteht.

Das einzige Nahrungsmittel, das im Verhältnis zur Dor- kriegszeit einen gesteigerten Verbrauch aufweist, ist der Zucker.

Dieser höhere Zuckerkonsum erklärt sich jedoch daraus, daß sich nach dem Kriege in den Ernährungsmethoden weitere Kreise der Bevölkerung ein Wandel vollzogen hat. Man bevorzugt heute im Haushalt viel mehr als in der Dorkriegszeit Marmelade, Obst und Süßspeisen sowie Kakao und Schokolade, alles Nahrungsmittel, deren Zubereit- ung viel Zucker erfordert. Im übrigen ist der Zuckerverbrauch Deutschlands immer noch wesentlich geringer als der Durchschnitt in einigen anderen wichi- gen Ländern, wie der Bericht des Reparationsagenten loyal feststellt. Aus dem höheren Zuckerverbrauch nach dem Kriege auf einen besonderen Wohl- stand der Bevölkerung zu schließen, er- scheint demnach nicht angängig.

Wie steht es nun mit dem Verbrauch der wichtigsten Genußmittel wie Tabak, Bier und Branntwein? Der Verbrauch dieser Genußmittel hat sich zwar in den letzten Jahren gesteigert, aber, mit dem Dorkriegsstand verglichen, sehen wir, wie auf den Kopf der Bevölkerung ge- rechnet der Bierverbrauch heute erst 81 Proz. der Dorkriegszeit und der Branntweinverbrauch sogar nur 50 Proz. beträgt. Einzig und allein der

Tabakverbrauch hat den Dorkriegsstand überschritten, doch hat, wie der Bericht des Kommissars für die ver- pfändeten Einnahmen feststellt, „der gesteigerte Verbrauch von Tabak lediglich mit dem Anwachsen der Bevölkerung Schritt gehalten und ergibt keinen höheren Verbrauch pro Kopf.“ Im übrigen ist auch hier der Wechsel der Lebensgewohn- heiten zu berücksichtigen, da am Tabakkonsum heute auch ein großer Teil der weiblichen Bevölkerung beteiligt ist, woraus



DLD

NOVOSIMA

sich notwendigerweise eine Steigerung des Konjums ergeben muß.

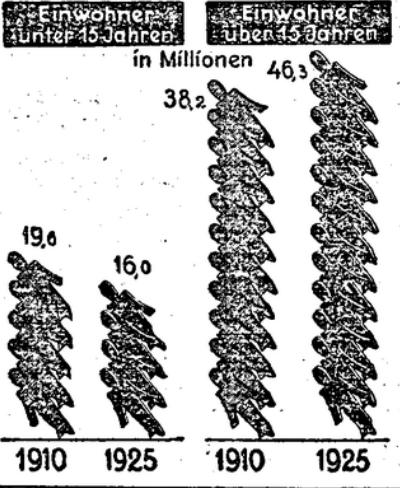
Im Zusammenhang damit ist es wichtig, auf einen Umstand hinzuweisen, der bisher viel zu wenig Beachtung gefunden hat: die Vermehrung der Bevölkerung und vor allem die Verschiebung im Altersaufbau der Bevölkerung in ihrer Bedeutung für den Konsum.

Trotz des Geburtenrückganges weist die deutsche Bevölkerung eine ständige Zunahme auf, und außerdem ist, wie das nebenstehende Bild uns lehrt, im Altersaufbau der Bevölkerung eine bedeutende Verschiebung gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten. Die Zahl der Kinder hat nach der letzten Volkszählung von 1925, verglichen mit der Zählung von 1910, um 3,6 Millionen abgenommen, während die Zahl der Erwachsenen heute um rund 8 Millionen größer ist als 1910. Aus der Tatsache dieses Bevölkerungswachstums, insbesondere aber dieser erheblichen Zunahme der Erwachsenen, muß sich natürlich ein bedeutend höherer Konsum ergeben, kommen doch gerade für die Genußmittel wie Tabak, Bier und Branntwein als Verbraucher ja hauptsächlich die Erwachsenen in Betracht. Dementsprechend müssen sich, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, heute im Verhältnis zur Vorkriegszeit noch weit niedrigere Verbrauchsziffern ergeben, als wir vorhin für die Gesamtbevölkerung festgestellt haben.

Kann man im Hinblick auf diese statistischen Ergebnisse von einem Zuüppigen oder gar von einem Wohlstand der breiten Massen der deutschen Bevölkerung sprechen? Man darf sich eben nicht täuschen lassen von der glänzenden Fassade, wie so viele ausländische Besucher Deutschlands es tun. (Auch deutsche Spießbürger, besonders die Unternehmer, glauben schon ein Wohlleben der Arbeiter konstatieren zu können, wenn sie einen Arbeiter, der zufällig einen neuen Anzug trägt, über die Straße gehen sehen. D. R.) Die Augen dieser Leute sind meistens wie falziniert auf Berlin gerichtet, und zwar nicht etwa auf die Lebensverhältnisse der breiten Masse der Bevölkerung,

### Verschiebungen im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung

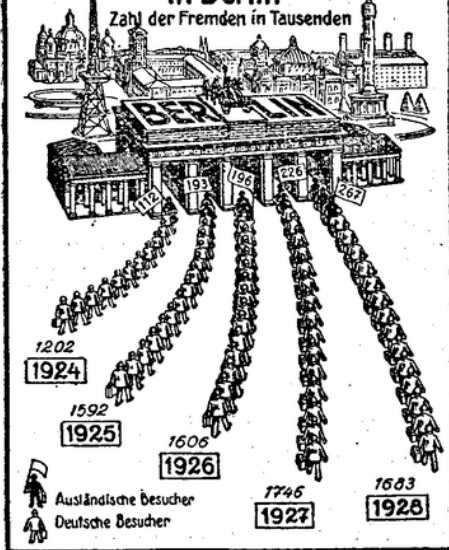
Auf Grund der Volkszählungen von 1910 und 1925 (Gebietsstand von 1925)



darunter etwa 21 400 Ausländer! Dieser gewaltige Fremdenstrom staut sich natürlich in den Angelpunkten des Verkehrs, und es ist verständlich, daß sich aus diesem noch ständig steigenden Fremdenverkehr und seiner Konzentrierung auf bestimmte Verkehrsgegenen auch ein Bedürfnis nach Vermehrung der Gaststätten ergibt. Indes braucht diese Entwicklung durchaus noch nicht ungesund zu sein. Die Bedürfnisfrage der Lokale läßt sich nicht schematisch regeln, sondern wird immer abhängig sein von den verschiedensten Faktoren, wie Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Familienstand, von der Lage des Ortes und insbesondere von den Fremdenverkehrsverhältnissen. Ueberdies haben ja die Ergebnisse der jüngsten Betriebszählung gezeigt, daß gerade das Gastwirtschaftsgewerbe, wie das Statistische Reichsam feststellt, „seine in der Vorkriegszeit kräftige Aufwärtsentwicklung nicht mehr fortsetzt, sondern sogar teilweise nicht unbeträchtliche Rückschritte erlitten hat, deren Ursache in erster Linie in den verschlechterten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen sein dürften“. Wer daher allzu voreilig in bestimmten Verkehrsgegenen, wie z. B. am Kurfürstendamm in Berlin, eine dauernde Zunahme der Gaststätten festzustellen glaubt, der darf andererseits nicht übersehen, daß in anderen Gegenden der Stadt soundso viele Lokale eingehen oder halb leer bleiben, so daß sie den Besitzern kaum noch eine Existenzmöglichkeit bieten. Eine erst kürzlich durchgeführte Umfrage des Cafétiergewerbes des ganzen Reiches ergab die beachtliche Tatsache, daß im letzten Jahre der Umlauf in den Kaffeehäusern um ein Drittel zurückgegangen ist, und daß etwa 20 Proz. der ehemaligen Besucher den Cafés

jetzt fern bleiben, während ein großer Teil der übrigen Gäste seine Ausgaben aufs äußerste einschränkt. — Diese Feststellung ist charakteristisch. Wer eine Feststellung über den wirklichen Lebensstandard des deutschen Volkes machen will, der tue etwa einmal einen Blick in die zahlreichen Mittelstands- und Volksküchen und beobachte, wer alles dort ein und aus geht, der sehe sich einmal im Lande selbst um, dann wird er gewahr werden, daß das deutsche Volk in seinen breiten Schichten heute vielfach noch von der Hand in den Mund lebt und daß es gezwungen ist,

### Zunahme des Fremdenverkehrs in Berlin



Land oder der Kurfürstendamm Berlin? Beobachter vielleicht auffallend hohe Zahl der Besucher der Vergnügungsräumen und Lokale in den Zentren des Verkehrs der Reichshauptstadt setzt sich nämlich zum geringsten Teil aus eigentlichen Berlinern zusammen, vielmehr aus Fremden, die zu Geschäfts-, Besuchs- oder Vergnügungszwecken in Berlin weilen. Wir brauchen ja nur einmal die Fremdenverkehrsziffern von Berlin zur Hand nehmen, um festzustellen, in welchem Maße der Fremdenverkehr in den letzten fünf Jahren zugenommen hat. Im Monatsdurchschnitt waren 1928 rund 140 250 Fremde in Berlin,

sondern auf das Leben und Treiben in den Verkehrszentren, wie etwa am Kurfürstendamm oder in der Friedrichstadt, und sie stellen dann an gewissen Auswüchsen fest, daß das deutsche Volk zu üppig lebt. Aber, muß man wohl fragen, sind die Großstädte und noch dazu Verkehrsmittelpunkte, wie Berlin, das den Durchgangspunkt des mitteleuropäischen Reiseverkehrs bildet, geeignete Maßstäbe zur Beurteilung der Lebenshaltung des ganzen Volkes, und ist Berlin Deutsch-

Die manchem Beobachter vielleicht auffallend hohe Zahl der Besucher der Vergnügungsräumen und Lokale in den Zentren des Verkehrs der Reichshauptstadt setzt sich nämlich zum geringsten Teil aus eigentlichen Berlinern zusammen, vielmehr aus Fremden, die zu Geschäfts-, Besuchs- oder Vergnügungszwecken in Berlin weilen. Wir brauchen ja nur einmal die Fremdenverkehrsziffern von Berlin zur Hand nehmen, um festzustellen, in welchem Maße der Fremdenverkehr in den letzten fünf Jahren zugenommen hat. Im Monatsdurchschnitt waren 1928 rund 140 250 Fremde in Berlin,

### Der Lebensmittelverbrauch in Deutschland



einen großen Teil seines Lebensbedarfs, wie Kleidung und Einrichtungsgegenstände, auf Abzahlung zu kaufen, der beachte ferner, daß viele Familien gar nicht in der Lage sind, monatlich auch nur ein paar Mark zur Befriedigung von Kulturbedürfnissen, etwa für ein Buch oder für ein Theater- oder Konzertbillet auszugeben, der sehe weiter, in wie vielen jungen Ehen Mann und Frau gemeinsam beruflich tätig sind, um nur einigermaßen leben und vielleicht noch etwas Ersparnisse für größere Anschaffungen oder für Krankheitsfälle oder gar für den Fall der Erwerbslosigkeit zurücklegen zu können. — So steht der wahre Querschnitt von den Lebensverhältnissen eines vom Reparationsjoch niedergehaltenen Volkes aus! Das ist das Deutschland, das angeblich zu üppig lebt!  
Dr. Hans Müller im „Helmatienst“.

## Gemeinschaft und Gesellschaft.

In der menschlichen Natur können wir deutlich zwei Triebe beobachten: den Trieb, ausschließlich die eigenen Interessen zu vertreten, unbekümmert um das Wohl und Wehe anderer Menschen, und den Trieb, sich an seinesgleichen anzuschließen und fremde Interessen zu fördern unter Zurückdrängung des eigenen Vorteils. Der eine Trieb, den wir mit dem Namen Egoismus, das heißt Ichsucht (ego = ich) bezeichnen, sondert den Einzelmenschen von seiner Gruppe ab und bewegt ihn, den Kampf ums Dasein aus eigener Kraft zu führen. Der zweite Trieb, den wir Altruismus nennen, erzeugt den Willen zum gemeinsamen Kampf ums Dasein, in dem der eine dem anderen hilfreich zur Seite steht.

Von diesem Gesichtspunkt aus erscheint uns der Egoismus als Individualismus (Individuum = Einzelmensch), als der Kampf aller gegen alle, in dem jeder einzelne rücksichtslos sein persönliches Interesse durchzusetzen sucht, während der Altruismus als Sozialismus (social = Genosse) erscheint, der das gemeinsame Interesse aller in den Vordergrund drängt und die Menschheit zu einer Interessengemeinschaft zusammenschließt.

Hier stoßen wir auch auf den Unterschied zwischen einer Gesellschaft. Eine Gesellschaft besteht aus Menschen oder Gruppen, die lediglich ihren Vorteil suchen. Eine Gemeinschaft besteht aus Menschen oder Gruppen, die innerlich miteinander verwandt sind, die sich gegenseitig zu fördern suchen und Hand in Hand miteinander arbeiten. In einer Gesellschaft geben die Gegensätze den Ausschlag, sie führen zu immer neuen Reibungen und Kämpfen und schaffen dadurch eine Stimmung gegenseitigen Neides, Hasses und Widerwillens; in einer Gemeinschaft spielen die Berührungspunkte die ausschlaggebende Rolle; sie gestalten das Zusammenleben und Zusammenarbeiten harmonisch und erzeugen dadurch eine Stimmung des Wohlwollens, der Liebe, der Friedfertigkeit. Deshalb spricht man von einer kapitalistischen Gesellschaft, die durch eine sozialistische Gemeinschaft abgelöst werden soll.

Wie uns die Entwicklungsgeschichte der Menschheit lehrt, sind die Urmenschen gruppenweise ins Dasein getreten, sie haben den Kampf ums Dasein gruppenweise geführt. Wie hätte auch ein einzelner, auf seine Kraft gestellter Mensch den Kampf gegen die Naturgewalten und die Riesentiere der Urzeit siegreich bestehen können? Nur durch den festen Zusammenschluß, die gegenseitige Unterstützung der Menschen untereinander war es möglich, daß der Mensch als Sieger aus diesem Kampf hervorging.

In diesem gruppenweise geführten Existenzkampf entwickelte sich die Solidarität (solidum = der Boden) zu einer immer größeren Macht. Zunächst schloß er alle jene Menschen zu einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Hilfsgemeinschaft zusammen, die demselben Mutterboden entsprossen, die durch die Bande des Blutes, der Familie untereinander verbunden waren. Die Familie, die Sippe, bildete die Zelle, aus der die späteren menschlichen Gesellschaften und Gemeinschaften, die Völkerstämme und die Staaten entstanden. Spuren dieser ursprünglichen Solidarität, der die Angehörigen eines Stammes, die Bewohner einer Gegend umschlang, finden wir noch in dem Gefühl der Landsmannschaften, das jene Menschen seelisch zusammenrückt, die aus ein und derselben Gegend stammen und sich deshalb innerlich näherstehen als jene Menschen, die aus verschiedenen Gegenden stammen. Vor zwei Jahrtausenden gruppieren sich die alten Germanen in zahlreichen kleinen Stämmen: Cherusker, Chatten, Ulpiter, Tenkterer usw., die untereinander nichts gemein hatten und die sich gegenseitig bis aufs Blut bekämpften. In diesen Stämmen herrschte die Sippen-solidarität, ihre Angehörigen hielten wie Pech und Schwefel zusammen, aber jeder Fremde war ihr Feind. Aus diesen vielen kleinen Stämmen entwickelten sich wenige große Völkerstämme: die Sachsen, die Franken, die Sueden usw. Im Laufe der Zeit bildeten diese Stämme Staaten, deren Angehörige nicht nur wirtschaftlich und rechtlich zueinander gehörten, die auch durch das Nationalgefühl verbunden waren. Das war die Zeit, als der Nationalismus entstand, der noch heute in der Form des bayerischen, hannoverschen, württembergischen usw. Partikularismus weiterlebt.

Als sich die deutschen Einzelstaaten unter dem Einfluß der Industrie und des Verkehrswezens zu einem einigen Deutschland zusammenschlossen, kam das Volksbewußtsein auf und die Volkssolidarität, die ihren treffendsten Ausdruck findet in den Schiller'schen Versen: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr.“

Man weiß, wieviel heutzutage von einer deutschen Volksgemeinschaft gesprochen wird, die auf dem solidarischen Zusammenwirken aller Volksschichten beruhen soll, man weiß aber auch, wie

wenig in Wahrheit von einer solchen Volksgemeinschaft zu merken ist in einem Volke, das durch die schroffsten wirtschaftlichen, sozialen, politischen, geistigen und religiösen Gegensätze zerklüftet und innerlich zerrissen ist. Immerhin besteht auch heute noch eine gewisse Volkssolidarität, die bei tiefen oder jenen Anlässen, bei freudigen und schmerzlichen Erlebnissen mit elementarer Kraft zutage tritt.

Neben der Solidarität des Stammes und der Nation beobachten wir auch eine Solidarität des Berufes. Von jeher haben die Menschen, die den gleichen Beruf ausüben, gemeinsame Berührungspunkte untereinander gehabt. Sie sympathisierten miteinander und unterstützten sich gegenseitig in allen Wechselfällen des Lebens. Im mittelalterlichen Handwerk sehen wir diese Berufssolidarität stark ausgeprägt. Die verschiedenen Berufe hielten sich streng voneinander absondert. Sie hatten ihre eigenen Herbergen und Festlokale, ihre eigenen Bräuche und Ausdrücke, sie hänselten einander, wo sie sich trafen, und wenn sich die Gelegenheit bot, verprügelten sie sich nach allen Regeln der Kunst. Der eine Beruf dünkte sich über den anderen turmhoch erhaben und blickte hochmütig auf den anderen herab.

Die Gegensätze schlifften sich allmählich ab, als die große Industrie die Menschen der verschiedenen Berufe in einem Betrieb sammelte und sie unter gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen ausbeutete. Jetzt fielen die Schranken, die Unterschiede verwischten sich, und die Angehörigen der verschiedenen Berufe schlossen sich zusammen; an die Stelle des Standesbewußtseins trat das Klassenbewußtsein. Allerdings ist ersteres noch nicht völlig ausgestorben; es gibt noch immer „Arbeiteraristokraten“, die andere Proletarier als minderwertige Menschen ansehen, aber das Klassenbewußtsein und damit die Klassensolidarität gewinnt täglich an Boden. Die Gewerkschaften und die anderen Arbeiterorganisationen liefern den Beweis dafür. Sie sind die Träger der Klassensolidarität und die Erzieher zum solidarischen Handeln. Selbst über die Ländergrenzen hinaus strecken sie ihren Klassengenossen die Bruderhand helfend entgegen. Diese Solidarität des werktätigen Volkes findet ihre Krönung im Internationalismus, der ein friedliches Zusammenwirken aller Kulturvölker anbaut. Nicht mehr gegenseitig zerfleischen sollen sich die Völker; sie sollen sich verständigen auf dem Boden einer internationalen Interessensolidarität.

Der Grundgedanke, auf dem jede Solidarität basiert, ist die Gemeinschaft der Anschauungen, des Willens. Wer Solidarität übt, erblickt im anderen Menschen einen gleichberechtigten und gleichwertigen Genossen, der Liebe und Hilfe verdient. Er hält es für seine heiligste Pflicht, ihm Unterstützung angedeihen zu lassen, wenn die Notwendigkeit dazu vorhanden ist; er hütet sich mit peinlicher Sorgfalt, ihn zu verletzen oder zu schädigen. „Der Mensch sei dem Menschen heilig“. Dieses Fichte-Wort bildet die Richtschnur seines Tuns und Lassens, und die Menschenliebe, die uns lehrt, wie wert und verwandt ein Mensch dem anderen ist, beeinflusst sein Verhalten gegen die anderen Menschen. Zu dieser Solidarität, der edelsten Blüte menschlichster Pflichterfüllung, müssen die Menschen erzogen werden. Noch wohnt in zahlreichen Menschenherzen die Selbstsucht, doch die Erziehung im Geiste des Sozialismus wird die Menschheit auf eine höhere Stufe des Menschentums heben. Das Goethe-Wort: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“ wird dann zu einer Selbstverständlichkeit werden, und das Band einer fortgeschrittenen Vernunft und Gerechtigkeit wird die Menschen umschlingen. Das bedeutet natürlich nicht die Ertötung des eigenen Ichs und die Vernachlässigung der eigenen Interessen zugunsten der anderen. Dieser extreme, hemmungslose und schrankenlose Altruismus ist ebenso falsch wie der schrankenlose Egoismus. Die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte und ist durchaus nicht zu verurteilen. Was ausgerottet werden muß, ist jene rücksichtslose Selbstsucht, die fremde Interessen mit Füßen tritt. Die richtige Solidarität ist die Sorge für das eigene Interesse mit bewußter Rücksichtnahme auf das Wohl und das Wehe der Mitmenschen, sie bildet die Mittellinie zwischen gänzlicher Selbstopferung und brutalem Egoismus, sie beruht auf dem Individualsozialismus, der Betonung der eigenen Persönlichkeit, die sich aber immer des Gemeinschaftsgebankens bewußt ist.

Die Solidarität, die Gerechtigkeit, die Menschenliebe und die soziale Gleichwertung in sich schließt, muß das menschliche Zusammenleben gestalten. Sie muß zum Leitstern alles Tuns und Lassens werden, sie muß den Boden ebnen und die Vorbedingungen schaffen für ein solidarisches Hand-in-Hand-Arbeiten aller Menschen, die guten Willens sind.

## Bergfahrt

# Vom Wandern und Schauen

Die Natur erschließt sich uns nicht von selbst. Sie will entdeckt sein. Erst wenn wir uns mit ihr beschäftigen, in sie einbringen, dann offenbart sie uns ihre Wunder. Nur der Naturfreund entdeckt in der kleinsten Blume, im höchsten Berg und im unscheinbarsten Lebewesen die große vielseitige Schöpferkraft „Natur“.



Entdeckerfreuden sind gewiß die reinsten und schönsten aller freudvollen Erlebnisse. Immer wieder vermag der junge Mensch neu zu entdecken, was den Älteren unter uns längst nur zu bekannt ist. Das ganze Leben der heranwachsenden Generation ist angefüllt von interessantem Beobachten und Entdecken in der

Umwelt. Fortgesetztes Suchen, Finden und Entdecken macht das Leben der Jugend so inhaltreich. Ewig jung bleibt, wer sich dieses immer wieder neu Erkennen und neu Finden bis ins hohe Alter zu erhalten weiß. Unsere Umwelt ist ja voller interessanter Erscheinungen und Tatsachen. Man darf nur nicht stumpfsinnig und in sich gekehrt an all den Dingen vorüberlaufen. Ob wir durch eigene Untersuchungen irgendeinen Gegenwartszustand auf sein geschichtliches Werden hin überprüfen, ob wir aufmerksam durch Fluren und Wälder streifen, ob wir Einzelheiten unseres Berufes einer gründlichen Betrachtung unterziehen oder uns der Natur ergeben, immer lohnt sich solch Beginnen tausendfach. Der ist der Allerärmste und Bedauernswerteste unter uns, der dem vielgestaltigen Leben gar nichts, keine Freuden abzugewinnen vermag.

Zu den schönsten Erlebnissen unseres Daseins gehört zweifellos das Reisen. Mit aufmerksamen und angestrengten Sinnen wandern und schauen, das lohnt sich immer. Es ist so erfreulich, daß dies halbvergessene Wandern wieder mehr ausgeübt wird. Unsere Jugend genießt Wanderfreuden wieder mehr als ehemals. Zu Tausenden verlassen sie am Wochenende die Großstadt, um sich, wenigstens an einem Tage in der Woche, draußen in der schönen freien Natur zu ergehen. Das ist gut so.

Unsere kapitalistische Gesellschaftsordnung legt dem Wandertrieb eines Teiles dieser Landschaftsneugierigen leider starke Hemmungen und Beschränkungen auf. Den Besitzenden ist, wie auf allen anderen Lebensgebieten, auch hier ein besonderes Vorrecht, eine starke Bevorzugung, eingeräumt worden. Daß aber auch dieser Zustand sich ändert, ist das Erfreuliche. Es ist in dieser Zeitschrift wiederholt schon auf diese sich langsam vollziehende Umwälzung aufmerksam gemacht worden. Die Richtigkeit dieser Feststellungen hat der Verfasser dieser Zeilen auf seiner Ferienfahrt bestätigt gefunden.

## Erholungs- oder Erlebnisreise?

So hatte Kollege D i t t m e r in Nr. 22 unserer „Gewerkschaft“ gefragt. Meine Antwort stand schon lange fest. Es galt Ferien zu erleben, die als ein starkes und schönes Erlebnis in der Erinnerung fortleben sollten. Nur nicht irgendwo auf der faulen Haut liegen. Hinaus in die schöne Natur, ins unbekannte, ins neue Leben.

Vor wenigen Jahren erst sah ich zum erstenmal das Hochgebirge. Bis dahin war auch mir das imposante Land der Felsen vergittert. Ein Münchener Kollege hat das Verdienst, mich damals in die Wunderwelt der Berge verschleppt zu haben. Ich bin ihm ewig dankbar dafür. Seit jenem ersten Bergerlebnis gilt meine Sehnsucht dem Eindringen in diese Schönheiten.

Die Stiefel fest benagelt, den Rucksack gepackt, so ging es Anfang Juni mit dem Dampfproß hinaus. Bald stand ich mitten

drin in blumigen Wiesen, saftig-grünen Matten, an blau-grünen Seen, vor wilden Bergbächen, hohen Felsen und gewaltigen Schneefeldern. Wer diese zerklüftete, noch aufgefürmte Welt der Bergriesen, die Schnee- und Eisfelder nur aus Zeitschriften, Postkarten oder vom Kino her kennt, der hat nur einen halben Eindruck von all der Wucht und Schönheit dieses Teiles unserer Natur.

Es ist eine lange Alpenkette, die sich vom Ligurischen Meer und dem Rhonetal im Südwesten bis zu der ungarischen Ebene im Osten hinzieht. Nicht weniger als 1100 Kilometer lang und teilweise bis zu 275 Kilometer breit dehnt sich dieser Alpenstreifen aus, doch nur von einem kleinen Teil dieser Alpen soll hier die Rede sein.

## Kreuz und quer im Karwendel- und Wettersteingebirge

Kochel ist als Ausgangspunkt einer Wanderung nach den Karwendelbergen sehr geeignet. Wer jedoch alles mitnehmen will, der dürfte zweckmäßigerweise schon in Benediktbeuern den Eisenbahnzug verlassen, um von dort aus den Weg nach der 1800 Meter hohen Benediktenwand einzuschlagen. Sie ist über die Tugingerhütte nicht schwer zu bezwingen. An der Nordwand hat allerdings schon mancher Tourist sein Leben lassen müssen. An ihr aufzusteigen

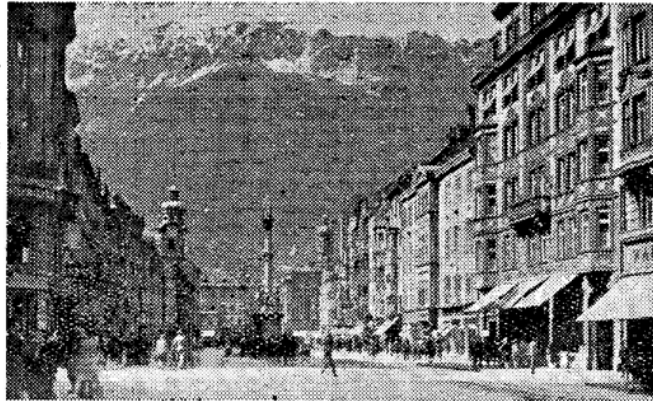
kann nur der geübte Kletterer wagen. Ein prachtvoller Weg führt von hier oben an der Glaswand vorbei zum 1528 Meter hohen Rabenkopf, über die Staffelmalm nach Kochel a. S. Mitglieder unseres Verbandes müssen hier auf alle Fälle Station machen. Die Filiale München hat in bester Lage hier ein Ferienhaus erworben, das jeder Vorbeiziehende gesehen haben muß. Dicht am See liegt das schöne Heim, mit dem eine Badeanstalt und eine Touristenherberge verbunden ist. Kolleginnen und Kollegen aus allen Teilen des Reiches sind hier anzutreffen — Berliner, Hamburger, Dresdner, Leipziger und Münchener erleben hier ihren Urlaub.

Es war, als hätten alle die großen deutschen Stämme Derireter nach dem Kocheler Heim entsandt.

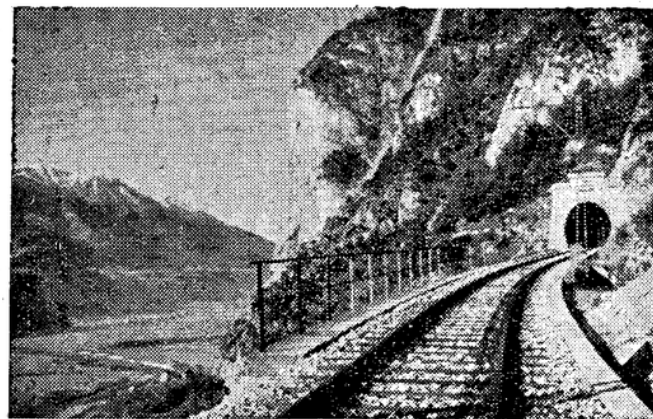
Wundervolle kleine Touren lassen sich von hier aus machen. Da ist einmal der Herzogstand (1751 Meter), den wohl kein Gast unseres Heimes unbesucht läßt. Aber auch den Jochberg (1567 Meter) zu besteigen ist sehr lohnend. Münchener Kollegen, die ihr Fahrrad mitgebracht hatten, stießen in einer Tagestour sogar bis zur Karwendelspitze bei Scharnitz, also bis zur Tiroler Grenze, vor. — Von Kochel nach Walchensee auf der alten Kesselbergstraße zu gehen, ist ebenfalls sehr lohnend. Das Walchenseekraftwerk

mit seiner ungeheuren Leistung stellt einen Anziehungspunkt vieler Fremden dar. Vom Ort Walchensee führt über Wallgau, Krünn eine schöne Straße nach dem malerischen Mittenwald. Von hier aus mit der berühmten Mittenwaldbahn nach Innsbruck zu fahren, wird einem immer wieder geraten. Es ist sicherlich auch sehr lohnend, durch all die vielen kleinen Tunnel, über hochgepannte Bogenbrücken die hier so prachtvolle Landschaft bis zum Inntal durchzufahren. Dem abseits von der Bahn Wandernden bieten sich jedoch die allerschönsten Ausblicke. Ich hatte Glück, sozusagen als „Cramp“ (amerikanischer Landstreicher) fuhr ich im Automobil eines freigebigen Menschen über den Zirlerberg bis mitten auf die weltberühmte Maria-Theresia-Straße in der Bergstadt Innsbruck. Das ist ein reizvolles Leben, so ganz ungebunden, fast ziellos sich den Wandergenüssen in der Bergwelt hinzugeben. Wenn man des Morgens aufsteht, weiß man noch nicht, wo abends man zur Ruhe eine Lagerstatt findet.

Innsbruck hat im Juni noch keine Touristenquartiere,



Innsbruck, Maria-Theresia-Straße



Mittenwaldbahn

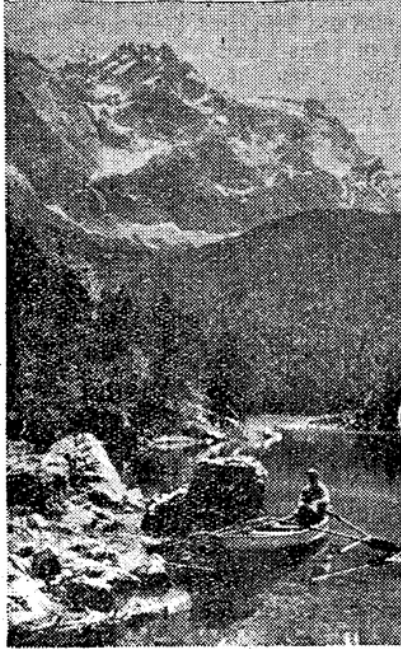
also auf ins Gewerkschaftshaus. Billig ist es jedoch auch da nicht, 6 Schilling und 10 Proz. (d. i. 4 Mk.) muß der Tourist dort entrichten. Nachdem abends noch die Stadt gründlichst durchstöbert wurde, ging es am Morgen hinauf über den Seehof zum 2334 Meter hohen Hafelekar. Ein herrlicher, unbeschreiblich schöner Anblick bietet sich dem erfreuten Auge. Innsbruck liegt klein und zusammengeschmolzen im Tal. Weit südöstlich erhebt sich der Groß-Denediger (3700 Meter) und der Groß-Glockner (3800 Meter) mit ihren ewigen Eisfeldern, südlich die Stubai Alpen und nach Norden zu, bis ganz dicht an den Hafelekar heran, die zerrissene Karwendelkette. Auf teilweise recht beschwerlichen Wegen geht es nach langem Genuß dieser schönen Aussicht abwärts, mitten hinein in das Anger-(Mandel-)Tal. — Wir wandern zu zweit. Von den Kollegen, die ich im Innsbrucker Gewerkschaftshaus traf, war keiner bereit, die gleiche Tour zu machen. Oben auf dem Hafelekar schloß ich mich einem Innsbrucker Studenten an, dessen Ziel das kleine Solsteiner Haus war. Bald langten wir über die Angeralm in der Amtsäge an. Bis Scharnitz bin ich am gleichen Tage durch das Gleiertschtal noch gegangen. Zwölf Stunden, zum Teil beschwerlicher Marsch — und doch so wunderbar, einer der schönsten Tage des Urlaubs. — Von Scharnitz auf die vordere Karwendelspitze (2373 Meter) und bis Mittenwald ist eine kleine, leichte Tages-tour. Bei klarem Wetter ist der Blick ringsherum herrlich. Ostlich zum Greifen nahe die hintere Karwendelkette, etwas ferner die Gleiertsch- und Solsteiner Kette. Im Westen thronen die Miemingerberge und das Wettersteingebirge. Die fast 3000 Meter hohe Zugspitze überragt alles. Sie ruft als letztes fernes Ziel. — Wer das Wettersteingebirge

als Panorama in seiner ganzen Totalität genießen will, der muß von Mittenwald am Lauter- und Ferschtensee vorbei durch Elmau über Graseck und Garmisch-Partenkirchen gehen. Ein schöner, kaum anstrengender Fußweg, den auch der Wohlbeleibteste unter uns gehen könnte. Wunder schön ragen die Wettersteinspitzen und -kruppen in ihren wechselvollen Formen in den sonnig blauen Himmel. Unten im Tal, zu beiden Seiten des Weges der saftig grüne Teppich voller Blütenornamente. Oben zu dieser Jahreszeit noch viel Schnee und wilde Sturzbäche an den Abhängen. Um all diese schönen Naturbilder weht festsam köstlich reine Luft. Wandern in diesen Wundern zwingt zur Andacht. Mehr als sonst fühlt man hier die Verbundenheit von Natur und Mensch. Es ist, als wollte uns die Natur ihr schönstes Geheimnis enthüllen. Der Hauch des Ewigen berührt uns. Da baut die Natur Riesenfelsen, um zugleich wieder an deren Zerstörung zu arbeiten. Immerfort verwandelt sich diese Natur, die keinen Moment stille stehen kann.

Wenn man von Partenkirchen durch die Partnachklamm das Reintal entlang geht, erreicht man bald ein kleines Turbinenhaus, das zu dem etwa 1000 Meter hoch gelegenen Reintaler Hof gehört (Metallarbeiter-Verbandsheim). Westlich türmt sich der Schachen und dicht dahinter die Wettersteinwand mit der Wetterstein- und Dreitorspitze auf. Westlich verdeckt die Alpspitze den Blick zu den Zugspitzköpfen und südlich schließt der Hochwanner das Bild ab. Eine schöne und sehr lohnende Tour führt von hier über das Kreuzjoch nach Kreuzeck. Aus dem Loisachtal führt eine Drahtseilbahn zu diesem 1652 Meter hohen Felsvorsprung hinauf. Kein Wunder, daß das vornehm erbaute Kreuzeckhaus zahlreiche Besucher aufweist. Der Blick ins Land ist prachtvoll. Nach Norden zu dringt das Auge, bei klarem Wetter, bis zum Starnberger See vor. Nach Süden zu legt sich das schwere Massiv der Zugspitze vor das Auge.

Wer sich im Kreuzeckhaus gestärkt hat, wählt am besten den Weg über das nahe gelegene Hupfleitensjoch abwärts nach den

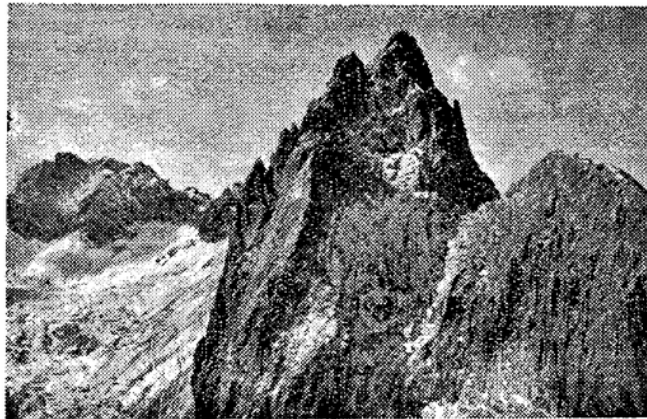
Knappenhütten in das Höllental. Hoch türmt sich zur Rechten der Wagenstein auf. Bis zur Höllental-Angerhütte führt ein nicht allzu beschwerlicher Weg. Wer von hier aus das Bild der hochaufsteigenden Zugspitze auf sich wirken läßt, den ruft es mit Macht hinauf! hinauf! auf den höchsten Berg Deutschlands. Freilich, der Aufstieg von hier aus soll sehr schwierig sein. Für diesen Tag geht es deshalb durch die imposante Höllentalklamm nach dem Tale zurück. Drüben, am Hange des Wagensteins, hat der Einheitsverband der Eisenbahner mehrere Hotels erworben. Sie bieten dem Wanderer eine gute Unterkunft. — Nach mehreren anderen Wanderungen führt der letzte Weg zur Zugspitze. Der ungefährlichste Aufstieg soll durch das Reintal führen. Er wird gewählt. Ein wechselvolles Bild bietet sich dem Wanderer. Zunächst geht es am Ufer der Partnachklamm entlang bis zur Blockhütte, allmählich steigend. Links steigt die steile Wand der Dreitorspitze empor; wundervoll dann die „Blaue Gumpel“ mit der Jägerhütte. Eine selten tiefblaue Farbe leuchtet aus der Wasseransammlung dem Wanderer entgegen. Die wild zerklüftete Wand des Hochwanners steigt senkrecht empor. Ein Bergsturz ist in der Nähe zu Tal gegangen, wildes Steingeröll liegt im Weg. Das Wasser arbeitet unermüßlich an der Zerstörung der unbezwinglich erscheinenden Felsen. Steinblöcke von respektabler Größe werden losgearbeitet und in die Tiefe gerissen. Vom Wege nur einige Meter entfernt stürzt die Partnach aus einer engen Klamm, etwa 30 Meter tief, in das Tal hinab. Ein Anblick, der zum Verweilen zwingt. — Dann geht es über einen Felsriegel steil aufwärts bis zur Angerhütte (1367 Meter). Ein weiter, schöner Anger breitet sich aus. Im Jahre 1921 ist hier ein



Eibsee

gewaltiger Bergsturz niedergegangen. Ein Teil des grünen Almbodens ist noch heute mit riesigen Felsblöcken bedeckt. Rechts von diesen Blöcken steigt der Weg, in mit Laichen bewachsenen Hängen, immer steiler an. Ueber eine endlos erscheinende Geröllhalde geht es dann bis zur Knorrhütte (2052 Meter) aufwärts. Ganz plötzlich taucht diese hinter einem Felsvorsprung versteckte Hütte auf. Ein großartiger Blick rückwärts lohnt die Mühe des Steigens! Hier legt man sich zur Ruhe, um am nächsten Morgen den Rest des Weges zu bezwingen.

— Frisch gestärkt geht es am anderen Morgen weiter. Nach etwa 1½stündigem Aufstieg über den Moränenrücken wird der Plattferner erreicht. Dichter Schnee liegt hier, soweit das Auge reicht. Die Größe dieses Plattferners ist überraschend. Er ist 2½ Kilometer breit und etwa drei Kilometer lang. Früher stand hier die Plattthütte. Sie soll 1917 von einer Lawine buchstäblich hinweggefegt worden sein. Vor einiger Zeit ist der Flieger Udet mit seinem Eindecker hier gefandert. — Wer die hohe Sandreise zur Rechten und den steil aufwärts führenden Weg über die plattigen



Dreitorspitze

Felsen bezwang, erreicht nach etwa 3½stündigem Aufstieg, von der Knorrhütte aus, den heiß ersehnten Zugspitzgrat mit dem Münchener Haus. Ein wunderbares, selten schönes Gefühl ergreift den Wanderer, der seinen Fuß auf den Grat setzt. Das Glück des Bergsteigers läßt sich schwer beschreiben. Wer es nie im Leben genossen hat, der vermag es sich auch nach diesen Schilderungen kaum vorzustellen.

### Die Gewerkschaften kämpfen um Urlaub und Feriengeld

Das Wort „Ferien“ bedeutete für die werktätige Bevölkerung lange Zeit ein heiß ersehntes Ziel. Einmal im Jahre eine längere Erholungspause! Einmal im Jahre einige Tage Arbeitsruhe bei Fortzahlung des Gehalts! Das war in der Vorkriegszeit für die meisten Arbeiter ein frommer Wunsch. Und heute? Nach einer Feststellung des Internationalen Arbeitsamts hatten in Deutschland zur Zeit der Erhebung (vor zwei Jahren) 8,2 Millionen

Arbeiter das Anrecht auf bezahlten Urlaub. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten waren das 83 Proz. der deutschen Arbeiter, die vertraglich Anspruch auf Urlaub hatten. Inzwischen ist das Verhältnis sicherlich noch besser geworden. International gesehen, sind die deutschen Urlaubsverhältnisse die besten. Die deutschen Gewerkschaften haben in dieser Beziehung ganz vorzüglich gearbeitet. Nach den schon erwähnten Feststellungen kommen in dem modernen, kapitalistischen Europa etwa 19 Millionen Arbeiter in den Genuß von Ferien. — Im allgemeinen ist die Zahl der Urlaubstage noch zu gering. Die von unserem Verband durchgesetzten Ferien dürften in Deutschland vorbildlich sein. Es ist festgestellt worden, daß der Urlaub in der Privatindustrie in den allermeisten Fällen über sechs Tage kaum hinausgeht. Noch ist den Gewerkschaften viel Arbeit verblieben. Insbesondere in der Privatindustrie muß noch viel erkämpft werden.

Aber über diesen Kampf hinaus drängt sich neuerdings die Sorge um eine zweckentsprechende und nutzbringende Ausgestaltung des Urlaubs immer mehr in den Vordergrund. Wie auf allen Gebieten, so führt auch hier der Erfolg zu neuen Aufgaben. Der Arbeiter, Angestellte und Beamte braucht nicht nur Urlaub, er braucht auch die Möglichkeit, diesen Urlaub zweckmäßig zu verleben. Die Natur hat so viele schöne Gegenden geschaffen. Es gibt Landstriche, in denen sie besonders verschwenderisch ihre Schönheiten errichtete. Bisher war der Besuch dieser Gegenden den besitzenden Kreisen vorbehalten. Der überaus größte Teil aller schaffenden Menschen muß heute noch seinen Urlaub zu Hause verbringen. Wie kann dem abgeholfen werden? Das ist die neue schwierige Frage. — Unser Verbandstag hat

im vergangenen Jahre ein Programm aufgestellt, in dem neben anderem einmal ausreichender Urlaub und die Zahlung eines Feriengeldes gefordert wird. Das ist ein Weg, ein Mittel. Die fortgesetzten Bemühungen der Gewerkschaften, den Reallohn der werktätigen Arbeiter zu erhöhen, tragen ebenfalls zur Lösung der neuen Aufgabe bei. Vielleicht wird man auch erwägen müssen, für ein ermäßigtes Reisegeld bei der Eisenbahn einzutreten.

Ein anderer Weg führt über die Schaffung solider und preiswerter Ferienheime. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten können die Kurpreise der Hotels usw. nicht bezahlen. So, wie sich die Arbeiterschaft auf dem Gebiet des Konsums die Konsumgenossenschaften errichtete, so muß sie sich jetzt eigene Ferienheime und Unterkunftsstätten schaffen. —

### Die freien Gewerkschaften bauen sich eigene Ferienheime im Alpenland

Nicht nur in Mitteldeutschland, auch in den bayerischen Alpen errichteten neuerdings Gewerkschaften ihre Ferienheime. Drei Verbände haben gut bewirtschaftete Heime mitten im Alpenland errichtet. Da ist zunächst einmal das Ferienhaus unserer Ortsverwaltung München in Kochel a. S. Wie eine kleine Burg liegt es trutzig am Wasser, dem Herzogstand gegenüber. Und wie eine Festung steht es mitten in dieser bürgerlich-bäuerlich orientierten Welt. Das ist das Bedeutende an diesen Heimen. Sie geben unseren Mitgliedern nicht nur preiswerte und solide Unterkunft, sie bilden vielmehr auch Stützpunkte für unsere Ideen. Hier in dieser Gegend, wo kaum einer eine linksstehende Zeitung liest, wo die Gewerkschaften noch schwer um ihre Existenz zu ringen haben, hier halten sich von nun ab, im Sommer und Winter, unsere erholungsuchenden Kollegen und Kolleginnen auf. Mit neuen Gedanken kommen sie in dieses Land. Sie sind Feriengäste und Apostel unserer Ideen zugleich. Es ist selbstverständlich, daß im Gastzimmer des Heimes, das für den öffentlichen Verkehr offengehalten wird, unsere Verbandszeitungen

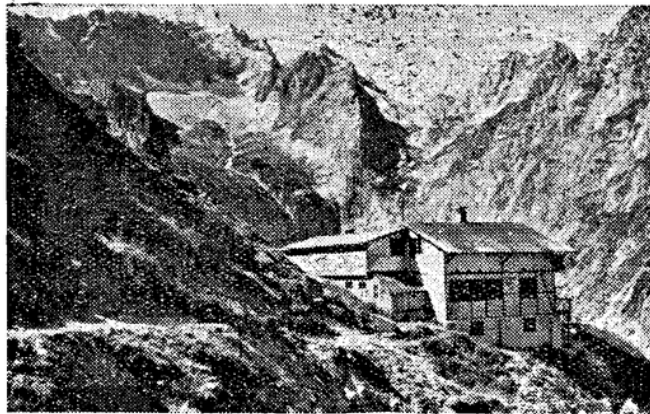
und -zeitschriften ausgelegt werden. Die Erholungsuchenden selbst erhalten fast täglich aus der Heimat Zeitungen und Schriften, die aus unserer Ideenwelt heraus geschrieben sind. Sie liegen im Heim bunt durcheinander. Und, wie es gar nicht anders sein kann, werden Weltanschauungsfragen viel diskutiert; Beziehungen zu den Einheimischen und zu anderen Badegästen werden angeknüpft und wirken sich nur zu oft zugunsten unserer Ideenwelt aus. Dicht neben dem schönen, leider räumlich noch sehr beengten Heim, wird schon ein Neubau errichtet. Alle Arbeitsverträge mit



Hotel Höllentalklamm

den einheimischen Handwerksmeistern enthalten die Klausel, daß nur organisierte Arbeiter beschäftigt werden dürfen, und daß Tariflohn bezahlt, Tarifbestimmungen eingehalten werden müssen. Das ist hier in dieser Gegend etwas ganz Ungeheuerliches. Die Gewerkschaften erscheinen als Machtfaktor und richten ihre Machtpositionen in allen Gebieten Deutschlands, auch im Alpenland auf. — Wundervoll liegt auch der Reintaler Hof, das Ferienhaus der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Während das Heim unseres Verbandes in Kochel durch seine Lage am See besonders charakterisiert ist, zeichnet sich die Lage des Metallarbeiterheimes durch ihre Höhe (1000 Meter) und durch die ganz nahe dabei liegenden Felsen aus. Wie von Bergen eingeschlossen liegt das Heim, das auch recht gut bewirtschaftet wird. Nicht nur Metallarbeiter sind hier anzutreffen. Auch ein Kollege unseres Verbandes (Gasarbeiter) aus Offenbach hatte mit seiner Frau hier Quartier genommen, als ich das Heim besuchte. Wer Hochtouristik liebt, der hat hier die beste Gelegenheit, nach seiner Passion zu leben. — Unweit von Garmisch-Partenkirchen, noch zu

Hammersbach gehörig, hat der Einheitsverband der Eisenbahner mehrere Hotels erworben, die inzwischen zum Ferienhaus dieses Verbandes ausgebaut wurden. Bis zur Höllentalklamm ist es von diesem Heim nicht weit. Hoch über dem Heim türmt sich die Spitze des Wagensteins auf. 160 Kolleginnen und Kollegen können dort aufgenommen werden. Es ist das größte der drei Heime. Zur Zeit unseres Besuches war es voll belegt. Auch hier werden Mitglieder anderer freien Gewerkschaften gern aufgenommen. — Alle drei Heime sind das ganze Jahr hindurch geöffnet. Möglichkeiten zum Betrieb des Wintersports sind hier überall reichlich vorhanden. Es darf wohl angenommen werden, daß alle drei Heime auch im Winter besucht werden. — Anfragen wegen der Benutzung der Heime sind zu richten: Für das Kocheler Heim an die Filiale München des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, München, Pestalozzistraße 40. Für das Metallarbeiter-Heim an die Filiale München des Deutschen Metallarbeiterverbandes, München, Pestalozzistraße 40. Für das Eisenbahner-Heim an die Verwaltung



Knappenhäuser im Höllental

des Hotels Höllentalklamm, Hammersbach bei Garmisch-Partenkirchen. Es ist zu hoffen, daß es gelingen möge, immer mehr Kolleginnen und Kollegen auch aus Norddeutschland in diese Wunderwelt der Berge zu führen. Die von den freien Gewerkschaften errichteten Heime sind dabei brauchbare Stützpunkte. Wenn auch mancher Familienvater einen Besuch des deutschen Südens noch immer nicht ermöglichen kann, so haben die Ledigen unter uns jetzt mehr als bisher Gelegenheit, die bayerischen Berge aufzusuchen. Bald wird die Besucherstatistik der obengenannten Heime zeigen, daß die organisierte Arbeiterschaft in größerer Zahl in den Bergen Einkehr hält und die Schönheiten dieser besonderen Welt genießt.

Wandern und Schauen, das ist reinsten und schönsten Lebensgenuß. Möchten recht bald alle Arbeiter an diesem Genuße teilhaben. Das ist unser Wunsch. O. Kurpat.

## Jugend auf Wanderfahrt

Der allerbittersten Not der Kriegsjahre entflohen, wuchs in der Jugend der Wunsch, im Rahmen ihres politischen Zieles einen neuen Weg zu einem Jugendland zu finden, der ihre Jugendsehnsucht nach Freiheit und Ungebundenheit befriedigte. Die sozialistische Arbeiterjugend fand den Weg und eroberte sich ihr Jugendland: Wälder, Wiesen, Felder, Berge, die Zupfgeige und das Wanderkleid. Sie entflohen in ihrer Freizeit den qualmigen Arbeitsstätten, kehrte staubigen Stuben und rauchigen Wirtschaftshäusern den Rücken und wanderte hinaus in die engere und weitere Heimat, in das weite Land. Der jungen Generation ist dies ein Ersatz für die „Wanderschaft“ der Alten, die sich damit Wissen erwarben und Verständnis für Eigenarten unseres Volkes.

Da sind die Sonntagsfahrten, die auf den Heimabenden ausgeknobelt werden und meist rein spielerischer Freude dienen. Großer Streit entsteht, ob es eine „Kloz-fahrt“ oder eine „gemütliche“ werden soll. Mit Rücksicht auf die Mädels entscheidet man sich meist für die „gemütliche“. Man bevorzugt einen schönen Lagerplatz im Wald, am Fluß oder am See, der allen Neigungen gerecht wird. Mit Singang und roter Fahne fährt oder tipelt die Schar dann am frühen Morgen bunt und fröhlich dem Ziele zu. Dann beginnt das Lagerleben. Was gibt es Schöneres für einen Jugendgenossen, als einen Lagerplatz im Wald am See? Die Wilden klettern auf die Bäume, bewerfen sich mit Kienäpfeln, nehmen zur Abwechslung ein Bad, sonnen sich, kurz: sie „aalen“ sich. Die Photosachverständigen begeben sich auf die Suche nach Motiven. Die Zoologen und Botaniker wühlen im Röhricht nach allem, was da wächst, krecht und fleucht. Sie kennen jede Vogelstimme, liegen wartend, oft stundenlang auf Beobachtung und wissen, was alles für ein Aquarium mitgenommen werden kann. Die Faulen aber schlafen im Schatten des Waldes den herrlichen tiefen Schlaf, den die Natur mit ihrer würzigen Luft nur schenken kann, bis — — die Wilden mit einer Zeltbahn kommen und die Schläfer „prellen“. Mittags hebt ein Schmoren und Brüheln auf Kochgeschirren an, ein Kosten und Probieren, und hinterher gibt es dann das „Futter“, das immer schmeckt. Schmerzlich ist der Abschied am Abend. — Die Gedanken sind immer auf die große Ferienfahrt gerichtet. Sie ist mehr als nur Freude am Scharleben. Neue Städte lernt man kennen, fremde Menschen und andere Gewohnheiten. Da sind die Abende in den Jugendherbergen, die oft so recht mit Stimmung ausgefüllt werden.

Diese Jugendgenossen treffen da zusammen, die alle ihre großen Erlebnisse gegenseitig austauschen, mit einem Feuer, das die ganze Nacht flackert. Manchmal werden Redeschlachten oder Dialektabende daraus. Am nächsten Tage findet sich gemeinsamer Geist und gemeinsame Begeisterung aus „Frankfurt a. Maach“ und „Leibzsch“ zum gemeinsamen Weg und Ziel.

Das allergemeinsamste aber ist die große Idee der Arbeiterklasse, die von den Jungen mit Eifer verfochten wird. Ja, hier fühlt die Jugend, die in der Fabrik schuften muß, ihr Recht und ihre Pflicht. Auch der junge Arbeiter ist fähig, den Reichtum der Freiheit, den die Ferien geben, für sich und die Bestrebungen seiner Klasse richtig zu verwerten. Mehr Freiheit fordert die Jugend, wohl wissend, daß darin allein die Kulturbedürfnisse der Arbeiterklasse befriedigt werden können. Die Wanderfahrten geben der Jugend einen Lebensinhalt und lassen das Verlangen nach Verbesserung ihrer Lage nicht einschlafen. Wandern lehrt sie Fühlung halten mit der Front unseres politischen Tageskampfes.

\* \* \*

### Dem „Jugendreich“ zur Republik.

So um die Jahrhundertwende herum entstand, vom alten Staate kaum beachtet, das heimliche „Jugendreich“ des Wandervogels. Der wertvollste Teil der bürgerlichen Jugend hatte es in fluchtartiger Abkehr vom Leben und Treiben seiner Eltern und Lehrer geschaffen. Das „Jugendreich“ lebte abseits von Schule und Elternhaus, abseits von geltenden Ueberzeugungen und Konventionen, abseits von der üblichen doppelten Moral, abseits vom Lebensstil der herrschenden Kasten des wilhelminischen Deutschland.

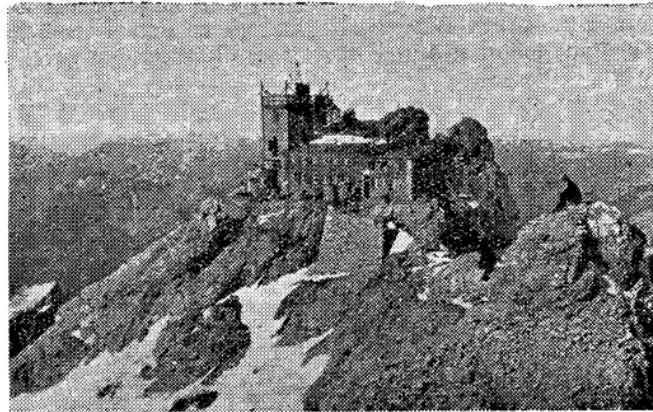
Das „Jugendreich“ stand in den Wäldern der Jugend, die sie rauhbeinig und ungeleckt durchstromerten, die auf Wanderfahrt, im Feuer in der Nacht, bei Volkslied und alten Dagentengeschichten Kameradschaft und Gemeinschaft erlebten. Unbewußt instinktiv, träumerisch und sehnsüchtig war die Jugend, die dieses „Jugendreich“ schuf, dessen Wappen der „Wandervogel“, dessen symbolischer Inbegriff die „blaue Blume“ der deutschen Romantik war. — Das „Jugendreich“, wie es der Wandervogel geschaffen, hat vor, während und vor allem nach dem Krieg eine große Anziehungskraft auf die deutsche Jugend ausgeübt. Der schlichte jugendliche Lebensstil, das zünftige Wandern, Volkslied und



Zugspitz-Aufstieg am Schneeferner

Dolkstanz, die Form der Heimabende und Jugendtage wurde von immer mehr Jugendkreisen und Jugendorganisationen übernommen. Auch von der Arbeiterjugend, die schon auf Grund ihrer Lebenssituation kaum je in Gefahr kam, über dem „Jugendreich“ die Wirklichkeit der kapitalistischen Welt und die sozialistischen Ziele zu vergessen.

Diese Gefahr, das „Jugendreich“ zu verabsolutieren, sich in ihm vor der rauhen, häßlichen Welt zu flüchten, war bei der übrigen Jugend viel größer und hat manche komischen Menschenprodukte gezeugt. Indessen: der überwiegende Teil der deutschen Jugendbewegung aller Richtungen und Weltanschauungen ist, wie neuerdings ganz deutlich zu beobachten ist, auf dem Wege vom „romantischen Jugendreich“ in die Wirklichkeit unserer deutschen Republik vorgeschritten. Die Tagungen mit politischen Aussprachen, die schriftlichen Diskussionen politischer Art reißen nicht ab. Symptomatisch ist besonders die diesjährige Hauptversammlung des „Reichsausschusses deutscher Jugendverbände“ gewesen. Diese Jugendverbände von rechts bis links umfassende, 4½ Millionen Jugendliche umschließende überparteiliche Dachorganisation, die die gemeinsamen



Münchener Haus auf der Zugspitze

Interessen der deutschen Jugend wahrnimmt, konnte nicht umhin, das Thema „Politische Ziele und Wege der jungen Generation“ behandeln zu lassen. An der Aussprache nahmen Sozialisten, Jungdemokraten, Jungzentruntsleute und Jungkonservative teil. Ohne Zweifel ist die deutsche Jugendbewegung fast aller Bünde heute positiv zum republikanischen Staat eingestellt. Ja, darüber hinaus kann man auf Grund vieler Beobachtungen behaupten, daß der allezeit in der Jugendbewegung vorhandene sozialidealistische Zug nicht unwesentliche Teile der aus dem Bürgertum kommenden Jungen zum Sozialismus hinführt. Bekannt ist ja, daß nach der letzten Reichstagswahl sich die demokratische „Frankfurter Zeitung“ mit dieser Tatsache unter der bezeichnenden Ueberschrift „SPD. — die Partei der Jugend?“, auseinandersetzte. — Der Weg vom romantischen „Jugendreich“ zum politischen Dienst am werdenden Volksstaat war an Umwegen reich. Daß er gegangen wurde, spricht für die Jugend und für die Republik. Die Republik als Sache der Jugend — das ist die Verheißung ihrer lebendigen Zukunft. Die in den Wehrverbänden und bei Hitler stehende „Jugend“ kann dieser wahren Jugendfront kein Schach bieten. —



## Sür die Frauen

### Gehört die Frau ins Haus?

Man hat in der Vorkriegszeit die Frauenarbeit mit der Erklärung abgetan: Die Frau gehört ins Haus. Damit war die Frage der Frauenerwerbsarbeit erledigt. Und da in der Vorkriegszeit in Deutschland die Frau vom öffentlichen Leben zurückgehalten wurde, so hat sie nie Gelegenheit gehabt, ihre Stimme bei ganz wichtigen Entscheidungen in die Waagschale zu werfen. Heute nun, wo die Frau auch ein Wort mitzureden hat, hört man begreiflicherweise nicht mehr, daß die Frau ins Haus gehört. Unter dem Zwange der inzwischen eingetretenen Umwälzung ist es selbst den Stockreaktionären begreiflich geworden, daß die Gebundenheit der Frau ans Haus der Vergangenheit angehört. Hier und da liest man freilich noch, daß der alte Standpunkt noch nicht überlebt sei, aber man wagt doch nicht mehr in dem Tone von der Frauenarbeit zu sprechen wie früher. Die Zeit hat alte Anschauungen begraben, neue Auffassungen haben Platz gegriffen.

Es konnte nicht anders sein, nachdem eine ganze Welt zusammengebrochen und aus dem Schutt und der Asche eine neue Gesellschaftsordnung im Entstehen begriffen ist. Was auf politischem Gebiete inzwischen geschehen ist, das ist nur die Folge auf die Umwälzungen auf wirtschaftlichem Gebiete. Ehe den Frauen irgendwelche politischen Rechte eingeräumt worden waren, standen bereits Millionen im Erwerbsleben. Und die Schar der Frauen, die in das Erwerbsleben hineingezwungen sind, wird nicht kleiner, sondern größer. Sie wächst mit der Verschlechterung der Lebenshaltung in den Familien, mit den steigenden Schwierigkeiten für den Mann, für sich und seine Familie den Lebensunterhalt zu verdienen. Nach den Ergebnissen der Berufszählung hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Deutschland von 1907 bis 1925 um 35 Prozent zugenommen. Man braucht nicht zu sagen, welche Tragödien vielfach vorausgegangen sein mögen, leicht wird es nicht immer gewesen sein.

Wer einen Einblick in die Verhältnisse hat, weiß, daß es nicht nur das unverheiratete Mädchen ist, das heute mitarbeitet und mitverdienen muß. Sehr groß ist auch die Zahl der Verheirateten, die einer Erwerbsarbeit nachgehen. Es gibt kaum noch einen Unterschied zwischen einer Beamten-, Angestellten- und Arbeiterfrau. Die Zeit hat die Standesunterschiede verwischt, die wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen haben die alten Standesdünkeleien über den Haufen geworfen. Die Besoldung ist so gering, daß sich auch die Beamtenfrau nicht mehr aufs hohe Pferd setzen kann, auch sie muß in der einen oder anderen Form mithelfen, den Lebensunterhalt zu verdienen. Ist es nicht außer dem Hause, so in der Wohnung. Bei irgendeiner schlechtbezahlten Heimarbeit, zumeist einer Näharbeit, verbringt sie täglich viele Stunden in gebückter Haltung, daß die Organe verkümmern und schafft so auf ihre Art, die freilich oft viel härter und unlohnender ist als die Arbeit des Mannes. Trotz mancher Fortschritte in bezug auf die Bewertung der Frauenerwerbsarbeit ist es heute meistens noch so, daß die Frauen schlechter entlohnt werden, auch wenn eine gleichwertige Arbeit geleistet wird. Das Unternehmertum sträubt sich dagegen, die Frauenarbeit so zu bezahlen wie die Männerarbeit. Es tut dies aus dem Grunde, um die Frauenarbeit als Konkurrenz gegen die Männerarbeit auspielen zu können. Leider sind die Verhältnisse heute noch so, daß die Unternehmer es können. Begünstigt wird diese Erscheinung durch eine ganze Reihe von Umständen.

Was die verheiratete Frau anbelangt, so sind für sie die Möglichkeiten, außer dem Hause zu arbeiten, eng begrenzt. Es hängt dies naturgemäß mit der Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaftsordnung zusammen. Die Sorge für den Haushalt, die Kindererziehung und viele andere Umstände erfordern die Gebundenheit der Frau an die Hauswirtschaft. Aus diesen Gründen greifen die verheirateten Frauen zumeist zu einer Heimarbeit, die, was allgemein bekannt ist, am schlechtesten von jeder Erwerbsarbeit bezahlt wird. Was sie verdienen ist so gering, daß es als Höhn empfunden werden muß, daß Unternehmer derartige Preise festsetzen können. Bei zehn- bis fünfzehnstündiger Arbeitszeit ein Verdienst von 1 Mk. bis 1,50 Mk. ist durchaus keine Seltenheit. Ja, durch Untersuchungen von Gewerkschaften ist ermittelt worden, daß Stundenlöhne von 2 bis 4 Pf. in manchen Gegenden Deutschlands von den Unternehmern als „angemessen“ angesehen

werden. Wenn hierbei die Frauen noch arbeiten, wenn sie diese Arbeit den Unternehmern nicht vor die Füße werfen, so kann man daran ungefähr ermessen, wie traurig es in manchen Haushalten aussehen mag. Sehr schlimm sind solche Zustände.

Aus allem ergibt sich, daß es für die Frau heute keine andere Möglichkeit mehr gibt als mitzuarbeiten, auch an der sozialen Gestaltung des neuen Deutschlands. Bessere Gehalts- und Arbeitsbedingungen kommen auch ihr zugute. Der soziale Aufstieg der erwerbstätigen Bevölkerung ist eine Angelegenheit, die auch die Frau interessieren muß. Und je stärker sie sich daran beteiligt, desto mehr wird für sie dabei herauskommen. E. W. Neumann.

## Bildungsarbeit

### Schulzeitverlängerung

Die Frage, ob man das schulpflichtige Alter über 14 Jahre erhöhen soll, ist zurzeit wieder sehr akut. Vor allem in England wird diese Frage spruchreif und die Verwirklichung einer Erhöhung um ein Jahr tritt dort in den Bereich der Möglichkeiten.

In den meisten Kulturländern beträgt das schulpflichtige Alter 14 Jahre. Mit dem 14. Geburtstag tritt der junge Mensch überall in das wirtschaftliche Leben ein, sei es als Lehrling oder als ungelerner Arbeiter. Eine Ausnahme von dieser Regel machen nur die Kinder der begüterten Klassen, die uns aber hier nicht interessieren.

Der englische Unterrichtsminister Trevelyan im ersten Kabinett Macdonalds wollte seinerzeit schon ein zusätzliches Schuljahr durchdrücken. Leider wurde diese Absicht durch den Sturz des Kabinetts vereitelt. Diese Schulfrage ist aber seitdem recht lebhaft in England von allen Seiten diskutiert worden und man kann wohl damit rechnen, daß nunmehr die neue Labourregierung ihre Absicht ausführt.

Oesterreich ist das einzige Land, das eine Erhöhung des schulpflichtigen Alters durchgeführt hat. Das Gesetz vom 10. Juli 1928 sieht vor, daß die Kinder erst mit Beendigung des Jahres entlassen werden, in dem das Kind 14 Jahre alt geworden ist. Durch diese Lösung wird praktisch die Schulzeit um ungefähr ein Jahr verlängert und vor allem wird die Auszubildung einheitlich durchgeführt.

Die Folge dieser Maßnahmen ist klar: der junge Arbeitnehmer wird zu den bisherigen acht Jahren Schulzeit ein weiteres Jahr vom wirtschaftlichen Leben ferngehalten. Es tritt also eine Entlastung des Arbeitsmarktes ein. Dieser Zusammenhang zwischen Schulzeit und Arbeitsmarkt kann nicht abgestritten werden. Diese Entlastung tritt aber nicht nur einmal, bei Einführung des Gesetzes, ein, sondern sie ist dauernd. In starkem Maße würde also die Arbeitslosenfrage berührt werden. Auf der anderen Seite aber tritt eine Erhöhung der Schulausgaben ein, die immerhin beträchtlich ist. In Wien hat man die Einführung des neunten Schuljahres mit Kosten in Höhe von 7,65 Millionen Schilling bei 17000 Schülern berechnet. Für ganz Oesterreich betragen die Mehrkosten in einem Jahr 35 Millionen Schilling. Aber auch Oesterreich hat eingesehen, daß diese Ausgaben zum großen Teil eingespart werden durch verminderte Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und auch für die produktive Erwerbslosenfürsorge. Sieht man also in der Frage überhaupt nur ein mathematisches Rechenexempel, so muß man sagen, daß der Mehraufwand nicht so schlimm ist. Aber die Frage ist vor allem eine kulturelle, was entscheidend ist.

Diese Schulentlassene finden keine Arbeit und sind sofort auf die Arbeitslosenunterstützung angewiesen. Dieser Zustand muß als nicht befriedigend angesehen werden, denn in diesem Alter darf der junge Mensch sich nicht selbst überlassen bleiben. Ein weiteres Schuljahr, welches sich von den bisherigen allerdings unterscheiden müßte, würde Gewaltiges für den Jungen und das Mädel bedeuten. Der Unterricht müßte sich vielleicht nach dem zukünftigen Beruf richten und so würde damit ein Schritt zu einer Neueinteilung der Schule überhaupt führen, wie sie schon seit langer Zeit von den Gewerkschaften und den proletarischen Parteien gefordert wird. Auch spielt hier die Stagnation im Geburtenzuwachs eine Rolle. Wir müssen damit rechnen, daß wir einer Zeit entgegengehen, wo zwar keine Entvölkerung eintritt, wo aber der Zuwachs nicht in demselben Maße wie früher stattfindet. Aus diesem Grunde ist eine bessere Berufsausbildung erforderlich, haben wir weniger Menschen, dann müssen diese besser geschult, also auf höherer Stufe stehen. Somit ist die Frage der Schulzeitverlängerung im Interesse der materiellen und geistigen Kultur zu fordern.

Die schwierigste Frage der Angelegenheit ist aber die Mehrbelastung der Eltern. Diese ist ohne Zweifel sehr stark, denn aus einem sonst erwerbenden Mitglied wird ein verzehrendes Mitglied der Familie. Aber ist der junge Mensch wirklich schon erwerbend, kostet er auch nicht trotzdem noch den Eltern viel? Auch ist es kurzfristig von den Eltern zu denken, daß das eine Jahr wirklich so schwer zu tragen ist, denn ihr Kind trägt ja den Nutzen und leistet dann auch mehr. Das neue Schuljahr kommt dem Kinde zugute, und deshalb müssen die Eltern die neuen Opfer tragen, wenn es auch sehr schwer ist.

W. P.

## Aus Politik und Volkswirtschaft

**Monopole und Konsumgenossenschaften.** Der Steuerabwehrkampf, den die Konsumgenossenschaften infolge der unmöglichen wirtschaftspolitischen Auffassungen eines Senats des Reichsfinanzhofes in München zu führen haben, hat bereits im Württembergischen Landtag zu einer bemerkenswerten Aussprache geführt, wobei der sozialdemokratische Redner u. a. darauf hinwies, welche Bedeutung der Widerstandskraft genossenschaftlich organisierter Verbrauchergruppen gegen die kapitalistische Uebermacht der preisvertuernden Monopolindustrie, der Handelskartelle und Syndikate innewohne. Er konnte sich darauf berufen, daß z. B. die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg durch den Besitz einer Anzahl Fabriken in verschiedenen Branchen eine Monopolstellung der betreffenden Industrien und Handelsyndikate verhindert habe. So in der Zigarren-, Zigaretten-, Zündholz-, Seifen-, Teigwarenindustrie usw. Auch auf dem Gebiet der Margarinefabrikation wird früher oder später die konsumgenossenschaftliche Organisation auf die Eigenproduktion eingestellt sein, um ein allgemeines Preisdiktat auf diesem wichtigen Gebiet der Nahrungsmittelherzeugung zu verhindern oder niederzuzwingen. Diese Hinweise galten der Feststellung der Tatsache, daß im Gegensatz zu den Konsumgenossenschaften der Handel und die Handelsorganisationen gar nicht in der Lage, aber auch nicht willens seien, dem Monopolkapital die Spitze zu bieten, um dem Interesse der Verbraucher zu dienen. Womit festgestellt war, daß die Konsumgenossenschaften mit der von ihnen gegründeten Warenhandels- und Produktionszentrale in Hamburg (GEG. genannt) einen volkswirtschaftlichen Faktor ersten Ranges auf einem Gebiet bilden, wo die Ohnmacht des Handels unfähig ist, ein Gleiches zu tun. Und ganz bezeichnend ist, daß der württembergische Minister v. Pischke bei einer Konsumvereinsdebatte im Landtag schon im Jahre 1907 den Mittelständlern und Bauernbündlern gegenüber u. a. erklärte:

„... daß die Konsumvereine unter Umständen eine erwünschte Waffe gegen die Trusts und Syndikate bilden, namentlich dann, wenn sich diese auch der Lebensmittelversorgung des Volkes zuwenden wollten.“

Daß diese damals noch theoretische Auffassung in verhältnismäßig kurzer Zeit in praktische Wirklichkeit umgesetzt werden würde, hatte niemand vorausgesehen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse geht eben ihren eigenen Gang und der Weltkrieg hat sie auf vielen Gebieten beschleunigt. — Außerhalb der deutschen Wirtschaft zeigt die schwedische in noch größerem Umfang das Eindringen der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion auf dem Gebiet monopolistischer Wirtschaftsbildung. Dort wird seit Kriegsende ein grundsätzlicher Kampf gegen die Monopolherrschaft des Kapitals geführt, und zwar mit größtem Erfolg. Nachdem der Reichsverband der schwedischen Kleinändler viele Fabrikannten, Großhändler und Banken zum Abbruch ihrer Geschäftsbeziehungen mit den Konsumgenossenschaften veranlaßt hatte, gingen diese zum Gegenangriff auf die Industriekartelle und Handelsyndikate über. Mit einer einzigen Margarinefabrik wurde das Kartell gesprengt und der Margarinepreis in kurzem um 22½ Pf. pro Kilogramm herabgedrückt. Mit zwei Großmühlen wurde der Mühlenring angegriffen und den Verbrauchern das Mehl zu niedrigeren Preisen verschafft, trotzdem den Bauern höhere Getreidepreise bezahlt wurden. Die Preisermäßigung ging von 8,45 Mk. pro 100 Kilogramm vermahlter Rohware bis auf 4,50 Mk. und 3,95 Mk. Sodann wurde mit einer Gummischuhfabrik der „Gummiring“ angegriffen und der Preis für ein Paar Herrengummischuhe von 9,75 Mk. auf 5,24 Mk. herabgedrückt. Und in jüngster Zeit wurde eine Superphosphatfabrik errichtet, um den Bauern, die mit 80 000 Familien 20 Proz. der Mitglieder der Konsumgenossenschaften stellen, den Kunstdünger billiger liefern zu können. Zurzeit wird eine große konsumgenossenschaftliche Hafermühle gebaut, um das Kartell der Hafersackfabriken zu brechen und mit einer im Bau begriffenen Glühlampenkartell hochgeschraubten Glühlampenpreise herabgedrückt werden. Denkenden Menschen braucht man nach solchen Tatsachenbeweisen die volkswirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften im Kampf gegen Kartelle und Truste nicht näher auseinanderzusetzen.

ff.

## Aus unserer Bewegung

**Konferenzen der Wirtschaftsbezirke.** Die Konferenz des Wirtschaftsbezirks Brandenburg am 3. und 4. August 1929 in Berlin war von 75 Delegierten und 20 Gästen aus 66 Filialen besucht. Als Vertreter des Verbandsvorstandes wohnte der Kollege Ruppert der Tagung bei. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1928/29 lag den Delegierten gedruckt vor. Kollege Scheibel machte dazu mündliche Ergänzungen. Die Arbeit der Bezirksleitung fand in der Diskussion allgemein Anerkennung. Angenommen wurde ein Antrag der Filiale Sommerfeld auf bezirkliche Regelung der Ruhe-lohnordnung und ein Antrag der Filiale Kummersdorf wegen besserer Entschädigung der Reichs- und Staatsarbeiter bei Dienstreisen. Ueber die Verschmelzung mit Verkehrsband und Gärtnerverband referierte am zweiten Verhandlungstage der Hauptkassierer, Kollege Ruppert. Angenommen wurde ein Antrag der Filiale Potsdam I zur Beitragsfrage, der dem Verbandsvorstand als Material überwiesen wird, und eine Entschließung, in der die Konferenz die Verschmelzung aufs wärmste begrüßt. Als Delegierte zum Außerordentlichen Verbandstag wurden gewählt: Förster, Brandenburg an der Havel, Karher, Luckenwalde, Jänicke, Guben, Spieth, Sperenberg, Guschigk, Lübben II, Jrmischer, Landsberg (Warthe) I, Richter, Trebbin, Sperling, Potsdam I, Winnig, Frankfurt a. d. O. Den zehnten Delegierten benennt die Filiale Kottbus. In der Statutenberatungskommission werden wir durch den Kollegen Winnig vertreten sein.

Ebenfalls am 3. und 4. August tagte die Konferenz des Wirtschaftsbezirks Hannover. Ueber die Verschmelzung mit Verkehrsband und Gärtnerverband referierte Kollege Dittmer, Berlin. Er schilderte die schon lange bestehende Konzentrationsbewegung der freien Gewerkschaften und unsere langen Vorverhandlungen mit Verkehrsband, Eisenbahnern und Gärtnern. Von ehemals 60 Zentralverbänden bestehen jetzt nur noch 35, obwohl einige neue hinzugekommen sind. Redner schilderte dann die geplanten Umänderungen der Beiträge und der Unterstützungssätze. Die Beiträge sollen künftig aus Grundbeitrag und Ortszuschlag bestehen. Die Unterstützungssätze werden dadurch gerechter, daß sie mit der Länge der Mitgliedschaft steigen. — Die Diskussion war eine rege. Hauptsächlich waren es die den Filialen verbliebenen Prozentsätze, die die Kritik herausforderten. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß mit 15 Proz. keine Filiale auskommen kann, da in manchen Filialen 15 Proz. an die Ortskartelle abgeführt werden müssen, um die Gewerkschaftshäuser oder Arbeitersekretariate zu erhalten. Im Schlußwort konnte Kollege Dittmer die wesentlichsten Bedenken zerstreuen. — Dann sprach Kollege Meißner über die beendeten Lohnbewegungen. Die Kollegen waren in der Mehrzahl mit der Tätigkeit der Bezirksleitung einverstanden.

Am 4. August tagte die Wirtschaftsbezirkskonferenz Pommern in Stettin. Vertreten waren 24 Filialen durch 31 Delegierte sowie sechs Kollegen des Bezirksvorstandes. Vertreter hatten außerdem entsandt der ADGB. und der Verkehrsbund. Kollege Schulz vom Verbandsvorstand berichtete eingehend über die Zusammenschlußverhandlungen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Zur Annahme gelangte eine Entschließung, die verlangt, daß bei „Eingruppierung der einzelnen Sparten in die neuen Reichssektionen und Reichsfachgruppen richtunggebend sein müssen: Tarifverhältnis und Arbeitgeber. Unter keinen Umständen dürfen Arbeiter ihres wohlverordneten Tarifrechts beraubt werden“. — Den Geschäftsbericht gab Kollege Neumann und den Bericht der Mandatsprüfungskommission Kollege Ostwald, Kolberg. Im Anschluß an die Konferenz unternahmen die Teilnehmer eine Haferrundfahrt, um den Ausbau des Stettiner Hafengeländes zu besichtigen.

Am 5. August tagte die Konferenz des Wirtschaftsbezirks Mitteldeutschland in Magdeburg. Ueber die bevorstehende Verschmelzung referierte Kollege Orlopp vom Verbandsvorstand. Im mitteldeutschen Bezirk werden die „Vereinigten Verbände“ 27 555 Mitglieder zählen. Die Frage der Unterstützungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. bringt den Gemeinde- und Staatsarbeitern zum Teil Nachteile. Ihre Organisation hatte aber durch die Eigenart ihres Arbeitsgebiets bisher kein so großes Risiko wie der Vertragspartner. Hier mußte es darum zu einem Ausgleich kommen. Die Beiträge werden in 18 Klassen erhoben und bringen keine Erhöhung. Bei Berechnung der Unterstützungen wird die Länge der Mitgliedschaft in Anrechnung gebracht. — Nach kurzer Aussprache, die sich im allgemeinen zustimmend äußerte, konnte Kollege Wachtenborf feststellen, daß die Konferenz die Verschmelzung einmütig begrüßt und dem Verbandstag die Zustimmung empfohlen wird. — Ueber die abgeschlossenen Lohn- und Tarifbewegungen berichtete Kollege Bartsch. Die Arbeitgeberverbände waren nicht geneigt, Verbesserungen der Lohn- und Tarifverträge zu bewilligen. Was errungen wurde, konnte nur durch Schiedsprüche erzielt werden, die kleine Verbesserungen brachten. Die Lohn tafel ist auf 1½, der Tarifvertrag auf zwei Jahre Gültigkeitsdauer festgelegt. Der Arbeitgeberverband ist bestrebt, für die Theaterarbeiter Verschlechterungen ein-

zuführen. Es ist auch ein derartiger Schiedspruch in Magdeburg gefällt worden. Die Theaterarbeiter werden sich aber gegen diese Summung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu wehren wissen. — Kollege Wachtendorf berichtete dann über das Ergebnis der Ruhe Lohnverhandlungen. Im Laufe der letzten Jahre haben die Städte Magdeburg und Burg für ihre Arbeitnehmer Ruhe Lohnordnungen mit klagbarem Recht geschaffen. In einer weiteren Anzahl von Städten wurden örtliche Vorlagen ohne Rechtsanspruch geschaffen, die als eine Versorgung manchmal kaum angesprochen werden können. Es haben nun über eine zentrale Regelung Verhandlungen stattgefunden, die vor dem Abschluß stehen. Wenn zu dem Ergebnis auch erhebliche Bedenken bestehen, nicht nur in bezug auf den materiellen Teil, sondern auch auf den rechtlichen Teil der Rentenzulufordnung, so kann sie doch als eine Grundlage zur weiteren Entwicklung angesehen werden. Das soziale Versicherungswesen bedarf einer gründlichen Reorganisation. Die industrielle Entwicklung wirft immer mehr Arbeitslose auf den Arbeitsmarkt. Junge und vollkräftige Arbeiter im besten Mannesalter sind seit Jahr und Tag arbeitslos, während ein großer Teil von alten, verbrauchten Arbeitskräften noch in Arbeit steht oder eine unzureichende Rente bezieht. Wenn der Not der Arbeitslosigkeit gesteuert werden soll, ist es dringend erforderlich, das soziale Versicherungswesen auf allen Gebieten zu zentralisieren. Auch die Altersgrenze zum Bezug von Renten ist auf 60 Jahre herabzusetzen und die alten Arbeitskräfte sind aus dem Arbeitsprozeß herauszunehmen. An deren Stelle kann das Heer der arbeitslosen vollwertigen Arbeitskräfte treten. Damit würde die Arbeitslosigkeit nahezu vollkommen behoben sein. Die erheblichen Ausgaben, die zurzeit für arbeitslose vollwertige Arbeiter aufgewendet werden müssen, können zur Aufbesserung der Renten für verbrauchte Arbeitnehmer verwendet werden, um ihre Renten so zu gestalten, daß sie davon leben können. Die öffentlichen Verwaltungen mühten an einer grundsätzlichen Reorganisation des Versicherungswesens das größte Interesse haben, weil ihnen dadurch erhebliche Ausgaben erspart würden. — Ueber die Einführung der Invalidenunterstützung im Verbandsreferierte Kollege Senft. Da der Verkehrsband bereits eine entsprechende Einrichtung hat, werden auch die Gemeindefarbeiter eine Invalidenkasse erhalten. Bei Uebertritt in andere Gewerkschaften kann der Betreffende weiter in die Invalidenkasse der „Vereinigten Verbände“ treten.

Die Konferenz des Wirtschaftsbezirks Schlesien am 3. und 4. August in Breslau war besetzt von 80 Filialen. In der Begrüßungsansprache widmeten die Kollegen Blanka, Breslau und Polenske, Berlin, dem Kollegen Heinze, der nach mehr als 25jähriger Tätigkeit aus dem Dienst des Verbandes scheidet, anerkennende Worte für treue Mitarbeit an der Gesamtheit der in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen beschäftigten Kollegenschaft. Hierauf berichtete Kollege Polenske über den Stand der Verschmelzung. Die ausgiebige Diskussion ergab, daß die Gemeindefarbeiter Schlesiens sich mit dem Zusammenschluß in der neuen Großorganisation einverstanden erklären. Im Schlußwort wurden noch einige Bedenken, die geltend gemacht worden waren, durch den Kollegen Polenske zerstreut. — Am zweiten Verhandlungstage gab Kollege Renschin die Wahlkreiseinteilung für die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag bekannt. Reibungslos wurde innerhalb der gebildeten Wahlkreise die Aufstellung der Kandidaten vorgenommen, so daß sich eine Wahl durch Stimmzettel erübrigt. Sechs Delegierte zum Verbandstag stellt die Filiale Breslau, welche den ersten Wahlkreis bildet. Für die übrigen Wahlkreise wurden aufgestellt die Kollegen: Albert Racek, Görlitz, Alfred Goltzsch, Waldenburg, Franz Tisch, Gleiwitz, Karl Arbeiter, Neisse, Hermann Klesse, Landeck, Wilhelm Kattner, Brieg, Otto Jäschke, Bunzlau, Artur Jüngling, Hagnau. Als Ersatzmänner die Kollegen: Artur Sentleben, Görlitz, Wilhelm Rauer, Schweidnitz, Willibald Kurzok, Hindenburg, Alois Mücke, Oppeln, Richard Anders, Reinerz, Fritz Kühnast, Grünberg, Franz Just, Glogau, Hermann Stoll, Liegnitz.

**Waldarbeitertarifvertrag der Städte Baugen, Löbau und Zittau.** Nach langen, schwierigen Verhandlungen war es uns mit Hilfe des Schlichtungsausschusses möglich, mit den Stadtverwaltungen Zittau, Löbau und Baugen einen einheitlichen Waldarbeitertarif abzuschließen. Bisher bestanden drei verschiedene Tarifverträge, es war somit nicht einfach, die Verschiedenartigkeiten in eine Form zu gießen. Der Hauptstreit bestand darin, daß die Stadtverwaltungen die Unterstellung unter den staatlichen Waldarbeitertarif forderten, während die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter die Unterstellung der gemeindlichen Waldarbeiter unter den RMT. G. 8 verlangte. Es ist nicht zu verstehen, weshalb die Waldarbeiter einer Gemeinde schlechter gestellt sein sollen als die übrigen Gemeindefarbeiter, denn die Forstbeamten werden ja auch nicht schlechter bezahlt als die anderen Gemeindebeamten. Einen heftigen Kampf hatten wir zu führen um die Beibehaltung der Bezahlung der Wochenfeiertage. Leider haben wir durch Schiedspruch die drei Prozent Werkzeuggeld pro Stunde eingebüßt, obwohl von uns nachgewiesen wurde, daß heute überall dort, wo die Kollegen in den einzelnen Berufszweigen das Werkzeug selbst stellen, auch dafür Werkzeuggeld bezahlt wird. Aber alles reden war vergebens. Die Begründung

war: der sächsische Staat gewährt seinen Waldarbeitern kein Werkzeuggeld, somit wird es auch den gemeindlichen Waldarbeitern nicht zugestanden. Die bisherigen acht Prozent Kinderzulage wurden in vier Prozent Kinderzulage und 4 Pf. Ehefrauenzulage umgewandelt. Ebenfalls für die kinderreichen Waldarbeiter eine Verschlechterung. Ruhe Lohn wird den Waldarbeitern in gleicher Weise wie den Gemeindefarbeitern gewährt. Dies wurde auch im Tarif aufgenommen. Die Stundenlöhne wurden von 72 Pf. auf 77 Pf. erhöht. Auch hier haben wir die bisherige Regelung verloren, wonach jeweils die Waldarbeiter in Löbau 1 Pf. weniger als die ungelerten Gemeindefarbeiter erhielten. Unfre Forderung war, diese automatische Regelung für alle drei Städte einzuführen und tariflich zu verankern. Dies wurde jedoch vom Schlichtungsausschuß abgelehnt. Die Stücklohnsätze wurden um 5 bis 10 Proz. erhöht und stehen somit über den staatlichen Akkordsätzen. Im allgemeinen können wir sagen, daß wohl überall die Waldarbeiter in den Gemeinden als Stiefkinder behandelt werden. Auch in den einzelnen Ländern sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Waldarbeiter unter aller Würde. So werden heute leider den Waldarbeitern noch Stundenlöhne von 50 bis 60 Pf. pro Stunde gezahlt. Zum Sterben zuviel, zum Leben zuwenig. Nur dadurch, daß die Waldarbeiter der drei Städte restlos dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter angeschlossen sind, war es möglich, die geplanten Verschlechterungen und vor allem die Unterstellung unter den Staatswaldarbeitertarif abzuwehren. Wenn wir auch nicht all das erreicht haben, was wir forderten, so müssen wir uns zunächst mit dem Teilerfolg zufrieden geben.

## Reichs- und Staatsarbeiter

**Düsseldorf.** Im März dieses Jahres sind für die Angestellten und Arbeiter der Regierung in Düsseldorf die Wahlen zum Betriebs-, Angestellten- und Arbeiterrat vollzogen worden. Die christlich-nationale Gewerkschaft glaubte den Wählern nicht nur durch Wort, sondern auch durch Schrift bekanntzugeben, daß die Liste Nr. 2 (christlich-national) zu wählen sei. Zu diesem Zweck zeichnete sie die Stimmzettel mit einer 2 und stellte diese gezeichneten Stimmzettel den vermutlich christlich-national Wählenden zu. Diese bei der Wahl abgegebenen Stimmzettel wurden vom Wahlvorstand für ungültig erklärt. Da dieses der christlichen Organisation nicht paßte, erhob sie Klage beim Arbeitsgericht. Das Düsseldorfser Arbeitsgericht erklärte die Wahl für ungültig. Am 3. August mußte neu gewählt werden. Der Zweck der Klage war also erreicht. Die Christlich-Nationalen ließen alle Mienen springen, um herauszuholen, was herauszuholen war. Da die Zahl ihrer Mitglieder gering ist, wurde durch allerlei Redensart versucht, freiorientierte Kollegen auf die Liste der Christen zu bekommen. Besonders rührig in der Agitation gegen die freien Gewerkschaften war ein Angestellter bei der Regierung. Fettweiß ist sein Name. Ueber diesen Herrn erlauben wir uns folgendes mitzuteilen. Die Regierung hatte zwei Kollegen (Ney und Niewiedpohl) im Alter von 76 bzw. 71 Jahren zum 1. März 1929 gekündigt. Beide Kollegen gehörten zur Richtung Fettweiß. Sie betrauten den Vorsitzenden des Betriebsrats (freigewerkschaftlich) mit der Vertretung beim Arbeitsgericht. Kurz vor der Entscheidung des Gerichts erlaubte sich Herr Fettweiß unter Ausschluß des Vorsitzenden mit den Personalbeamten der Regierung über die Angelegenheit zu verhandeln mit dem Ziel, daß Ney seine Klage zurückzog. Niewiedpohl aber ließ sich nicht beirren und vertraute auf die Stütze des Betriebsratsvorsitzenden. Der Prozeß ist gewonnen, die Regierung wurde zur Wiedereinstellung verurteilt, oder zur Zahlung einer Entschädigung von 2200 Mark. Ney hat sich durch Fettweiß beeinflussen lassen und sich mit ein paar hundert Mark Entschädigung zufrieden gegeben. Ney ist durch Fettweiß um 1500 Mark geschädigt worden. Mit der neuen Situation befaßte sich eine Belegschaftsversammlung. Kollege Hoffmann klärte die Verhältnisse. Bemerkenswert ist, daß der anwesende Vertreter der christlichen Gewerkschaft in der Versammlung anerkannte, daß der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Interessen der Kollegenschaft in anerkennenswerter Weise wahrgenommen habe. In Anbetracht dieser Bemerkung ist doch die Frage aufzuwerfen, warum dieses Vorgehen der sogenannten christlichen Organisation? Welche Kräfte sind es, die da wirken? Reichs- und Staatsarbeiter, die Augen auf! Klopft jedem, der es wagen will, die Geschlossenheit zu stören, auf die Finger. Kämpft für den weiteren Ausbau eurer Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. — Das Ergebnis der Wahl am 3. August zeigt, daß die Beschäftigten den Ernst der Situation erkannt haben. Im Arbeiterrat sind alle 5 Sitze unserem Verband zugefallen. Die Christen erhielten ganze vier Stimmer, trotzdem auf ihrer Liste einschließlich der Listenzeichner 10 Leute standen. Auch fielen die Sitze im Betriebsrat alle in die Hände der freien Gewerkschaften. Im Angestelltenrat brachten es die Christen auf 16 Stimmen und erhielten einen Sitz. Die Wahlbeteiligung war 100 Prozent. Dieses Ergebnis ist die beste Antwort auf die unfaire Handlungsweise der Christen.

## Aus den deutschen Gewerkschaften

**Dierzig Jahre Bergarbeiterverband.** Am 18. August 1929 feiert der Verband der Bergbauindustriearbeiter das Fest seines vierzigjährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß hat der Verband eine Erinnerungsschrift „1888 bis 1929 — Dierzig Jahre Bergbau- und Bergarbeiterverband“ herausgegeben; die von dem bekannten Bergarbeiterführer, Reichstagsabgeordneten Heinrich Limberg verfaßt wurde. Wer wird dabei an Otto Hues vorzügliches, zweibändiges Geschichtswerk „Die Bergarbeiter“ — schon vor dem Kriege erschienen — nicht erinnert? Limberg's Schrift reicht gewiß an dieses Werk nicht heran, kann nicht heranreichen, weil der Geschichtsabschnitt über den Limberg berichtet, viel kürzer ist als bei Hues Werk. Dennoch bietet die Schrift vorzügliches Material, das dem, der nicht direkt in der Bergarbeiterbewegung steht.

Das erste Kapitel: „Dierzig Jahre deutsche Bergbauentwicklung“ schildert die wirtschaftliche und technische Entwicklung aller Gebiete des Bergbaues unter Verwendung zahlreicher statistischer Materials und Einfügung vieler Tabellen, Schaubilder und technischer Illustrationen. Es wird dabei gesagt: „Die Weltkohlenvorräte werden geschätzt auf 301 Milliarden Tonnen nachgewiesener und auf über 4000 Milliarden Tonnen wahrscheinlicher Vorräte.“

Bei Betrachtung der Koksproduktion wird auch die Stellung des Verbandes zur Frage der Gasfernversorgung dargelegt. Es heißt dort:

„Während die gesamten deutschen Gasanstalten jährlich rund 3,2 Milliarden Kubikmeter Gas erzeugen, fallen bei den Kokereien des Ruhrgebiets 9 Milliarden Kubikmeter an, um deren Verwertung durch Ferngasleitung man seit Jahren bemüht ist. In der Frage der Gasfernversorgung steht der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands auf dem Standpunkt, daß die volkswirtschaftlich nützlichste Verwertung der anfallenden Riesengasmengen anzustreben ist, was aber nicht gleichbedeutend ist mit einem künstlich geförderten Monopol eines Kohlenrebiers und auch nicht führen darf zu einem neuen Privatmonopol unter Ausschaltung der öffentlichen Hand und der Arbeitervertretung. Werden diese gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt, so wird sich am ehesten ein Ausgleich der bisher widerstrebenden Interessen finden lassen.“

Kurz wird auch auf die Nebenprodukte und die Verflüssigung der Kohle eingegangen.

Die nächsten Kapitel: „Not und Kampf vor 1889“, „Die Organisationsversuche der Bergleute“, „Bergvolk steht auf! Sturm bricht los!“ schildern die Vorgeschichte des Bergarbeiterverbandes. Dem letzteren Abschnitt ist noch ein besonderes Kapitel „Bergleute beim Kaiser“ angehängt. Dabei wird vorher der große historische bedeutungsvolle Streik der Bergarbeiter vom Jahre 1889 geschildert und die Entsendung der Bergleute Bunte, Schröder und Siegel, der sogenannten Kaiserdelegation, zu dem damals jungen Kaiser Wilhelm II., der sie in der von ihm gewohnten schnoddrigen Weise empfing und abfertigte.

Es folgen dann die Kapitel: „Die Gründung des Verbandes“ und „Die Gründung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter“, wobei das gegensätzliche Verhältnis der beiden Organisationen herausgearbeitet ist. Ein besonderer Abschnitt „Zuchthaus für Verbandsführer“ schildert die skandalöse Verurteilung einer Anzahl Bergarbeiterführer im Jahre 1895 wegen angeblichen Meineids. Jahrelang mußten die Verurteilten unschuldig im Zuchthaus schmachten. Erst im Jahre 1911 wurde durch Wiederaufnahme des Verfahrens den Verurteilten eine glänzende Rechtfertigung zuteil. Des weiteren schildert das Buch die Entwicklung des Verbandes und insbesondere die ungeheuer schweren Kämpfe, die die Bergarbeiter bis in die neueste Zeit zu bestehen hatten. Wir erinnern nur an die Riesenstreiks der Bergarbeiter in den Jahren 1905 und 1912, wo im ersten Fall der christliche Bergarbeiterverband Solidarität übte, im zweiten Fall aber Streikbruch im großen trieb. Mit seinen 198 358 Mitgliedern am Jahreschluß 1928 gehört der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands zu den achtunggebietendsten Gewerkschaften.

Der Schluß: „Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!“ bildet kurze Biographien der bekanntesten Bergarbeiterführer. Wir nennen hier die Vorsitzenden, die der Verband nacheinander gehabt hat: Schröder, Möller, Sasse, Husemann; ferner den an hervorragender Stelle in der Bergarbeiterbewegung gestandenen Genossen Leimpeters sowie den Bergarbeiterpoeten Heinrich Kämpfen und den bedeutendsten Bergarbeiterführer, den langjährigen Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, Reichs- und Landtagsabgeordneten Otto Hues, der ja weit über den Rahmen des Bergarbeiterverbandes hinaus in der deutschen Arbeiterbewegung einen Namen hat. In Nr. 10 der Schriften zur Aufklärung und Weiterbildung „Sozialisten und Arbeiterführer“ haben auch wir Otto Hues ehrend gedacht. Mit Ausnahme von Husemann deckt alle diese hervorragenden Persönlichkeiten schon seit Jahren der kühle Rafer.

Heinrich Limberg's Schrift wird sicher allgemein viel Anerkennung finden. Sie ist eine starke Bereicherung der gewerkschaftsgeschichtlichen Literatur.

G. Renne.

## Rundschau

**Willi Pfeifer †.** Am 5. August ist plötzlich der Kassierer der Filiale Magdeburg, Kollege Willi Pfeifer, gestorben. Im Dezember 1918 wählten ihn die Magdeburger Kollegen für dieses Amt. Während seiner elfjährigen Tätigkeit hat er es verstanden, durch sein offenes, freundschaftliches und stets hilfsbereites Wesen sich das Vertrauen der Kollegenschaft zu erwerben. Besonders die mit ihm in engster Verbindung stehenden Unterkassierer und darüber hinaus alle, die mit ihm Organisationsfragen zusammen bearbeiteten, fanden in ihm einen getreuen Mitarbeiter. Neben seiner Verbandsstätigkeit fand er reichlich Gelegenheit, auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung zu wirken. Selten fehlte er bei einer Veranstaltung, wo es galt, etwas im Interesse der Arbeiterbewegung zu tun. Von 1919 bis 1924 gehörte er der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Magdeburg an. Kollege Pfeifer erreichte nur ein Alter von vierzig Jahren. An seiner Bahre trauern seine Frau und drei Kinder im Alter von 2 bis 16 Jahren. Ein ehrendes Andenken der Kollegen bleibt ihm gewiß.

**33. Deutscher Krankenkassentag.** Die Großorganisation der deutschen Krankenkassen, der Hauptverband deutscher Krankenkassen, in dem nahezu elf Millionen Versicherte vereinigt sind, hält vom 18. bis 20. August d. J. den 33. Deutschen Krankenkassentag in Nürnberg ab. Die Krankenkassentage haben sich im Laufe der Zeit zu einer Bedeutung entwickelt, die weit über den engeren Kreis der Krankenversicherung hinausreicht. Auch in diesem Jahre wieder werden für die Volksgesundheitspflege außerordentlich wichtige Themen auf dem Krankenkassentag behandelt. Ueber „Die vorbeugende Zahnpflege“ spricht Professor Dr. Kantorowicz, Bonn. Das „Röntgenheilverfahren“ behandelt Chefarzt Dr. Teschendorf, Köln. Ueber „Sexualberatung und Krankenversicherung“ wird Chefarzt Dr. Bendig, Berlin, sprechen, während Frau Dr. med. Alice Dollnhals, Berlin, die „Schwangerenfürsorge“ behandeln wird. Im Mittelpunkt der Tagung dürfte aber der Bericht über die Änderungen der Reichsversicherungsordnung stehen, den der geschäftsführende Vorsitzende des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Berlin, Helmut Lehmann, übernommen hat. Es wäre zu wünschen, daß die Arbeiterschaft dieser Tagung der Krankenkassen ihr Interesse besonders zuwendet, denn es dreht sich doch hier letzten Endes um ihr eigenes Wohl und Wehe. Unser Verbandsvorstand entsendet zu diesem Kongreß die Kollegen Dittmer und Weda.

**Volkspfürsorge oder Zeitschriftenversicherung?** Die „Volkspfürsorge, Versicherungsgesellschaft der freien Gewerkschaften und deutschen Konsumgenossenschaften“, ist stets ein Gegner der Zeitschriftenversicherung gewesen, weil diese nur ein unzulänglicher Versicherungsersatz ist und die Leser sogenannter Versicherungszeitschriften einen wirklichen Versicherungsschutz durch den Abschluß einer guten Lebensversicherung für überflüssig halten. Daher hat die Volkspfürsorge in vielen Publikationen ihre grundsätzliche Stellung gegen die Zeitschriftenversicherung dargelegt. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat vor einigen Jahren seine Ansicht über die Abonnementversicherung in einem Rundschreiben mit den Worten zusammengefaßt: „... daß die Abonnementversicherung nicht als vollwertiger Ersatz für eine gewöhnliche, unabhängige vom Zeitungsbezug zu nehmende Versicherung gelten kann.“ — Viele Volksgenossen erkennen nun den wahren Wert einer solchen Scheinversicherung, die fast ausschließlich auf die werktätige Bevölkerung reflektiert, und lehnen sie ab. Und da vermuten die Zeitschriftenverleger, die an den wöchentlich oder 14tägig erscheinenden, literarisch fragwürdigen, sehr teuren Hefen jährlich Millionen verdienen, ganz richtig, daß ihnen in der Volkspfürsorge, bei der jeden Monat rund 50 000 Versicherungsanträge gestellt werden, die gefährlichste Konkurrenz entsteht. Den objektiv geführten Kampf der Volkspfürsorge — andere Gegner der Zeitschriftenversicherung sind viel scharfer und rücksichtsloser vorgegangen als sie — beantworten die Zeitschriftenverleger nun mit unfairen Mitteln. Sie lassen Flugblätter in Unmengen gegen die Volkspfürsorge verbreiten; Lügen, Entstellungen und falsche Vergleiche müssen herhalten. Die Volkspfürsorge wird in den Orten, in denen diese Schmähschriften der Zeitschriftenverleger auftauchen, die Bevölkerung durch ein Gegenflugblatt über den wahren Charakter der Zeitschriftenversicherung aufgeklärt. Dann wird schließlich der letzte Volksgenosse erkennen, daß die Zeitschriftenverleger zwar mit hohen Zahlen blühen, aber die Abonnementversicherung nur einen mangelhaften Versicherungsschutz gewährt, dagegen dem Verleger Riesengewinne verbürgt; denn die Zeitschriftenversicherung dient ihm als Abonnentenfänger. Pflicht der Arbeitnehmerschaft ist es, das eigene Versicherungsunternehmen zu unterstützen.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 3. Münchener  
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin SO. 36. Schöneberg Str. 4.